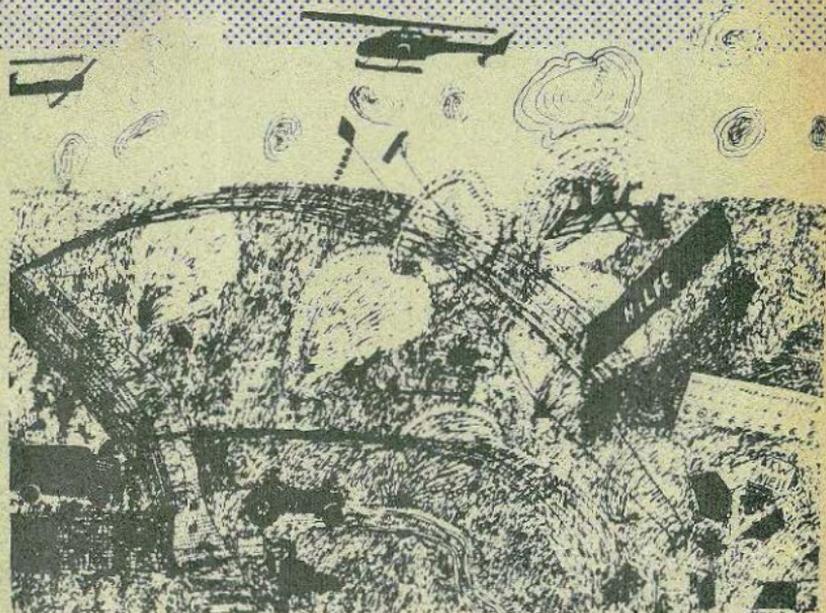


Wie wir es sehen: Brokdorf 28.2.81

— unser Kampf gegen Atomenergie —



**Dokumentation der BUU-Pinneberg
und der Pinneberger
Alternstivzeitung „Der Anfang“**

Impressum

Diese Broschüre ist ein Gemeinschaftswerk von Leuten aus der BUU Pinneberg und aus der Anfang-Redaktion.

Norbert, Michael, Hans-Joachim und Dorothea stellten sie zusammen unter schreibetypischer Hilfe vieler anderer Brokdorf-Fahrer aus dem Kreis Pinneberg.

Erscheinungsdatum: 1.4.81
Auflage: 600 / Kartoffeldruck
F.v.l.S.d.P.: H.-J. Rieckmann
Dängstätte 59, 2080 Pinneberg
Tel: 04101/267252

Termine

Pinneberg (BUU)
Mo, 20.00 Uhr, Gemeindezentrum Theodor, Horn
Kontakt: Norbert Sack, Osterholder Allee 3, 04101/62747

Elmsborn
BUU, Mo, 20.00 Uhr, 14-tägig, nächstes Mal: 3.4., Olinstr. 149
Kontakt: Susanne Schlüter, Saarländhof 40, 04121/3683

Anti-AKW-Arbeitsgruppe, Mo.
14-tägig in der "Bude", Flammweg 60 (Hinterhof)
Kontakt: Babs, 04121/22777

Uetersen (BUU)
nächstes Termin: Do, 9.4.
19.30 Uhr, Keller Taps
Kontakt: Stefan Schölermann, Sophienstr.7, 04122/2576

Quickborn
Friedens-AG, So, 18.00 Uhr, bei Neddermeyer, Herderstr.22

Friedensfrauen, Mo, 20.00 Uhr
14-tägig, nächstes Mal: 6.4.
Kindergarten am Harksheider W.
Kontakt: Hedda + Rolf Neddermeyer, Herderts.22, 04106/3515

Wedel
Grüne, Mi, 19.30 Uhr, Gemeindezentrum Schulau, Seminarr.
Kontakt: Joachim Rose, Croningstr. 9, 04103/87084

Glückstadt (BUU)
Di, 20.00 Uhr, 14-tägig, nächstes Mal: 24.3.
Hotel Raumann
Dazwischen, Di, 20.00 Uhr, AGs: 1. Energiepolitik 2. Arbeitsplätze 3. Elbeverschmutzung
Kontakt: Dirk Seifert, Stolpmünder 37, 04124/1623

Vorbemerkung

Diese Broschüre über den 28.2. in Brokdorf kann und soll eines sicherlich nicht sein: Ein einheitliche Einschätzung.

Geneigte Leser werden deshalb um kritische Bistanz in jeder Hinsicht gebeten!

Das gilt auch und gerade für die einleitenden, sich um Zusammenfassung und Überblick bemühenden Beiträge. Die Redaktion hält eine Wertung der Ereignisse vor, während und nach dem 28.2. für wichtig, ist dabei aber selbst zu keiner Vereinheitlichung gekommen. Wir haben deshalb bewußt widersprüche stehengelassen. Sie sind Ausdruck der politischen Vielfalt der Anti-AKW-Bewegung und müssen diskutiert und nicht einge-ebnet werden!

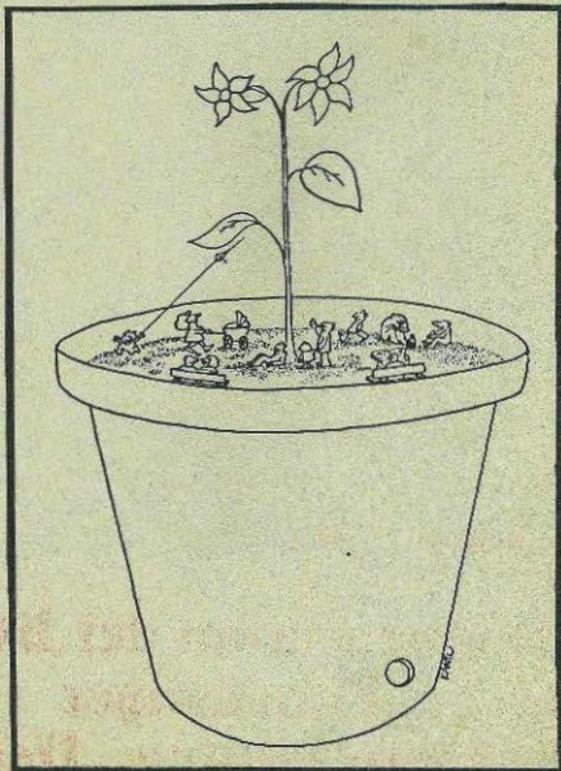
Und noch was:
Diese Textsammlung ist lückenhaft, wir halten trotzdem für

wichtig. Alternativen sind entweder ein dicker Wälzer oder resigniertes Schweigen angesichts der Überfülle der Ereignisse und Einschätzungen.

Diese Demonstration war aber ein wichtiges Ereignis als Ausdruck unseres gemeinsamen Widerstandes gegen das Atomprogramm. Das muß gewürdigt werden bei aller berechtigten Kritik im Einzelnen.

Inhalt

Über 100.000 in der Wlister-Marsch: Wie konnte es dazu kommen?	3
Planung und Ablauf	7
Augenzeugenberichte	11
Die Kundgebung am Bauplatz	18
Die gewaltfreie Blockade des Baugeländes am 28. und 27.2.	21
Brokdorf ist überall - Der Alltag im Atomstaat	24
So sehen es die anderen	28
Streit und Kampf	31



Über 100.000 in der Wilster-Marsch: Wie konnte es dazu kommen?

Vier Jahre haben etwas verändert



Vor vier Jahren, am 19. Februar 1977 hat es zwei Demonstrationen in der Wilster Marsch gegeben, Ausdruck der Zerstrittenheit der Anti-AKW Bewegung zu diesem Zeitpunkt. Auch heute noch sind viele Fragen, was die Art und die Stoßrichtung unseres Widerstands gegen das Atomenergieprogramm in der BRD angeht, umstritten und offen. Doch die letzten vier Jahre haben die Situation etwas verändert. Als Erfolg muß angesehen werden, daß es immer wieder gelungen ist, Baumaßnahmen zu behindern und zu verzögern, was zu einer sogenannten "Denkpause" geführt hat, die ohne unseren Kampf nicht zustande gekommen wäre. Grohnde, Kalkar, Gorleben-Treck nach Hannover, Bonn, 1004 - unterschiedlichste Aktionen, die zwei Dinge deutlich machten:

- 1) Gerichte und Politiker haben nun auch den letzten Vertrauensvorschuß verspielt, den ihnen viele in den letzten Jahren noch einräumten.
- 2) Das Widerstandskonzept hat niemand in der Tasche. Wir brauchen alle AKW-Gegner, wenn wir eine Chance haben wollen. Wir müssen uns über unsere Vorstellungen vom Widerstand immer wieder neu verständigen und unsere Aktionen verantwortungsbewußt gegenseitig abstimmen. Wir erleben gerade eine neue Offensive der Betreiber von Atomanlagen. Sie brauchen das AKW-Programm, weil die ökonomischen Krisenerscheinungen immer drückender werden und in deren Gefolge viele Menschen ihre politische Loyalität aufgeben. Die Krisen drücken sich z.B. aus in anhaltend hoher Arbeitslosigkeit, Wohnraumproblemen, der Zerstörung von Landschaften, der Vergiftung von Flüssen, dem Bildungsnotstand. Rüstung und Atomprogramm

Die Vorbereitung beginnt

sollen den wirtschaftlichen Aufschwung ankurbeln, Arbeitnehmer den Gürtel enger schnallen, das "Investitionsklima" soll günstiger werden. Im Dezember 80 gab nun die Landesregierung Schleswig-Holsteins bekannt, daß jetzt auch die Investition AKW Brokdorf nicht länger brachliegen sollte. Als erste Reaktion auf den geplanten Weiterbau fand am 21.12. eine Demo von 8-10tausend Leuten am Bauplatz statt.

Die Auswertung dieser Aktion leitete am 4.1.81 auf einem bundesweiten Arbeitstreffen (zu dem hauptsächlich norddeutsche Gruppen kamen) gleichzeitig die konkrete Vorbereitung einer internationalen Großkundgebung nach Baubeginn ein. Grundlage wurde die Erklärung dieses kollaboranter Treffens (siehe Kasten). Wohl war die Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei allen spürbar. Dennoch: die Einschätzung der Dezember-Demo und der Charakter der geplanten Großdemo waren umstritten. Die vom 4.1. an wöchentlich stattfindenden Vorbereitungstreffen waren dann auch kompaktierte Bündnisverhandlungen. Leute aus den BUD-Gruppen Pinneberg, Elmshorn, Glückstadt, von den Jusos und den Grünen Kreis Pinneberg sowie zeitweise aus Detmold, Borsfleth, Quickborn, Seestermühe und Krempe trafen sich von nun an regelmäßig, um sich auf diese Treffen vorzubereiten.

„Wir zünden eure Häuser an!“

Interview mit Ministerpräsident Dr. Sollenberg, Kiel

Was Christian Lehmann, 242, über die geplante Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein sagt. Er ist Mitglied der Gruppe „Wir zünden eure Häuser an!“ in Kiel.

„Aber es ist ein großer Erfolg, wenn man die Atomkraftwerke nicht bauen darf.“

„Wir zünden eure Häuser an!“ ist eine Kampagne der Gruppe „Wir zünden eure Häuser an!“ in Kiel. Die Gruppe hat sich zum Ziel gesetzt, die Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein zu verhindern.

„Wir zünden eure Häuser an!“ ist eine Kampagne der Gruppe „Wir zünden eure Häuser an!“ in Kiel. Die Gruppe hat sich zum Ziel gesetzt, die Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein zu verhindern.

Der „Arbeitskreis Pinneberg – Elmshorn“

Ich will versuchen darzustellen, wasaaab und wie sich dieser Arbeitskreis in die Vorbereitung "einmalchen" wollte (ich betone, daß er als reines Zwecktreffen nie so etwas wie ein "Programm" gehabt hat. Keine Zusammenfassung stützt sich auf Eindrücke, die ich in den Diskussionen gewonnen habe. Daß es in den einzelnen Orten oder auch bei Leuten, die an diesen Treffen teilnahmen andere Einschätzungen gibt, bleibt davon unberührt):

Die Demo am 21.12. hinterließ bei vielen von uns einen faden Nachgeschmack. Da waren wir nach Brokdorf gefahren, standen lange im Stau, ohne zu wissen, was nun eigentlich los war, zogen dann irgendwann zum Bauplatz, wo wir dann als Zuschauer die Auseinandersetzungen zwischen einem Teil der Demonstranten und der Polizei verfolgten. Am meisten gewirrt hat uns wohl, daß wir nie so recht wußten was los war, weil wir an den Vorbereitungen der Demo nicht beteiligt waren.

Genau das sollte uns bei der geplanten Großdemo nicht mehr passieren. Unser inhaltlicher Anspruch war in etwa folgender: Ziel war es, eine Spaltung möglichst zu verhindern. Wir wollten eine große Demo, an der alle Teile der Anti-AKW Bewegung teilnehmen können. Eine Spaltung hätte eine noch raschere

kriminalisierung von AKW-Gegnern vorangebracht, eine Manifestation der Bewegung in ihrer ganzen Bandbreite aber mit einem gemeinsamen Ziel verhindert und die Mobilisierung erschwert.

Darüberhinaus war es uns wichtig, daß der Ablauf der Demo Ausdruck eines demokratischen Entscheidungsprozesses sein sollte, der weitgehend sicherstellt, daß nicht von vorn herein diejenigen, die sich nicht an militanten Auseinandersetzungen oder besser gesagt an Angriffen auf den Bauzaun (unter Militanz verstehe ich z.B. auch, wenn sich ein Demo-Zug schützt) beteiligen wollen oder können zur bloßen Kulisse degradiert werden. Großen Wert legen wir deshalb auch auf die Durchführung einer inhaltlichen



Die Erklärung von Kollmar

(Auszug)

Wir wissen, daß das AKW nicht durch eine einzelne Kundgebung verhindert werden kann und stellen uns deshalb auf einen langfristigen Widerstand ein, der unseren ganzen Lebens- und Arbeitsbereich mit einbezieht. Das heißt auch, daß sich unser Kampf nicht auf den Bauzaun und auf Demonstrationen beschränken läßt.

Unsere Forderungen lauten:

- Das AKW Brokdorf darf nicht weitergebaut werden
- Die SPD in Hamburg fordern wir auf, die HEW aus dem AKW-Projekt Brokdorf vollkommen herauszuziehen
- Die CDU-Regierung von Schleswig-Holstein fordern wir auf, die Genehmigungen für den Bau des AKW Brokdorf zurückzuziehen.
- Das Atomprogramm muß eingestellt werden.

Kundgebung am Bauplatz. Wir hielten es nach wie vor für wichtig, auf Demos auch unsere Argumente vorzutragen, was am 21.12. überhaupt nicht stattfand. Dahinter steht die Einschätzung, daß es auch weiterhin unser oberstes Ziel bleiben muß, unseren Widerstand zu verbreitern und mehr Menschen in ihn einzubeziehen.

Keiner von uns ist der Meinung, daß wir durch "Spaziergänge" das AKW verhindern werden. Die Aussicht auf einen "militärischen" Erfolg ist momentan jedoch gleich Null.

Wenn es sich also beim Angriff auf den Bauzaun um einen (völlig berechtigten) symbolischen Akt handelt, ist nicht einzusehen, weshalb wir diesen mit Stahlkugeln und Mollias durchführen müssen.

Auf dem Weg nach Brokdorf – Hamburg 2.2.81

Auch Anschläge auf bestimmte Institutionen und die Zerstörung von Einrichtungen (z.B. Fensterfronten) gehören für uns nicht von vorn herein selbstverständlich zum Kampf gegen AKW. Wie alle unsere Aktionen müssen auch sie auf ihren politischen Stellenwert hin überprüft werden. Dort, wo sie den Anschein von Willkür und Willkür erwecken, erschweren sie unsere Arbeit in den BIs.

Diese Arbeit bewegt sich zwischen zwei Polen: einerseits müssen wir an bürgerlichen Denkmustern, Vorstellungen und Vorurteilen anknüpfen, die uns tagtäglich begenen, andererseits müssen wir aber Lernprozesse ermöglichen, die die Überwindung dieser Denkmuster durch praktische Erfahrungen einleiten.

Nur das erstere zu tun, hieße in bürgerlichen Normen z.B. der Orientierung auf etablierte Parteien und Institutionen stecken zu bleiben. Darauf vollkommen zu verzichten bedeutet aber den Abmarsch in eine gefährliche Isolation.

Ein abschreckendes Beispiel war die Vorbereitung des Protests der AKW-Gegner anlässlich des Sonderparteitages der SPD in Hamburg.

Jusos, DKP und der gewerkschaftliche Aktionskreis Leben (AKL) handelten mit dem Innenminister eine Alternativroute zur verbotenen Demo, die durch die Innenstadt zum DOB-Haus führen sollte, aus.

Diejenigen, die trotz dieses haarsträubenden Verbotes zum DGB-Haus wollten, wurden im Vorfeld der Demo in einer Weise diffamiert, die den Kriminalisierungstendenzen und den Krawallkampagnen der Medien Vorschub leistete.

Zwei Demos wurden angesetzt, und es war sehr wichtig und ein Erfolg, daß der verbotene Zug weitaus größer war als der "legale" und dazu bis zum DGB-Haus gelangte.

Bundeskonzferenz und Aufruf zur Demonstration

Im Rahmen der weiteren Vorbereitung fand eine Bundeskonferenz in Hannover statt. Hier wurde über einen gemeinsamen Aufruf zur Demo beraten.

Aus dem Kollmaraner Treffen heraus hatte sich eine Gruppe gebildet, die einen für alle akzeptablen Text entwerfen sollte. Auch Leute aus dem "Arbeitskreis" gehörten dazu.

Es war uns klar, daß ein solcher Aufruf eine Reihe von Allgemeinplätzen enthalten mußte. Wir meinten jedoch, daß der erarbeitete Kompromiß geeignet war, ein weitgehend einheitliches Vorgehen zu ermöglichen, auch wenn der eine oder andere Satz verschiedenen auslegbar war.

Nicht verstanden haben wir, warum Jusos, BBU und AKL sich dem in Hannover angenommenen Kompromißaufruf nicht anschlossen. Das Festschreiben nur einer Aktionsform oder die Ausgrenzung anderer in einem Aufruf hätte notwendigerweise zur Spaltung führen müssen.

Weiter nächste Seite



HAMBURG, 2.2.81

Wir vom "Arbeitskreis" legten unser Hauptaugenmerk vielmehr auf eine funktionsfähige Demoleitung und einen Vertrauensleutekörper, die die im Aufruf ausgeschlossenen sinnlosen Auseinandersetzungen mit der Polizei sowie eine wohllose Zerstörung von Einrichtungen wohl am ehesten zu unterbinden versuchen könnten. Es ging hierbei weder um einen "Ordnungsdienst" noch um den Versuch, einen "Parademarsch" zu inszenieren, wohl aber um das Bemühen, das, was vorher wochenlang politisch-inhaltlich an Vorbereitungsarbeit geleistet worden war, auch vor Ort umsetzen zu können, um Einzelaktionen und Willkür einzuschränken. Insbesondere die Hamburger Autonome Gruppe widersetzte sich einer Leitung der Demo. Sie plädierte vielmehr für einen Ausschuß, der Informationen sammelt, sichtet und weitergibt. Auf dem letzten Vorbereitungstreffen einigten wir uns schließlich auf ein Gremium, das in Zusammenarbeit mit den Vertrauensleuten aus den Zügen die Koordination der Demo gewährleisten sollte. Gemäß diesem Finneberger Vorschlag gehörte auch Jo Leinen (BDU) diesem Gremium an. EBU, AKL und Jusos beschlossen zwar, eine Auftaktkundgebung in Wilster durchzuführen, versicherten jedoch, danach wie alle anderen Richtung Bauplatz zu gehen. Leider ging die Frage der Kundgebung völlig unter. Der "Arbeitskreis" sah sich in der praktischen Vorbereitung auf sich allein gestellt.

Die letzte Phase

Am Abend vor der Demo kam dann das Koordinierungsgremium zusammen. Die Demo war mal wieder verboten, die Wilster Marsch nach Augenzeugenberichten abergelegt.

In den Vorbereitungen war mehrfach betont worden, daß es zu Demos in den Städten kommt, falls es uns nicht gelingt, in die Wilster Marsch zu kommen. Am Freitag abend sprach noch sehr viel für diese Möglichkeit, einige hielten eine Demo in Hamburg schon für eine ausgemachte Sache.

In dieser Situation wurde der Beschluß gefaßt, in der Marsch trotz einiger Bedenken an den Polizeisperren vorbei über einen Deichweg quer über die Felder zum Bauplatz zu gehen.

Auch Jo Leinen war dabei, als dieser Beschluß gefaßt wurde. Er hatte am Vortag zur selben Zeit wie die Bis eine eigene Pressekonferenz in Hamburg abgehalten und war inzwischen von den Medien, die wie 1977 gegen die geplante Demo am Bauplatz massiv zu Felde zogen, zum "Chef" der Veranstaltung hochstilisiert worden.

Er mußte wissen, daß der Weg nach Dannfleth, den er mit einem Teil der Demo ging, um dann an einer Polizeisperre zu landen, nicht mehr der gemeinsamen Planung entsprach.

Wir selbst haben der Route zugestimmt, weil sie die einzige Möglichkeit zu bieten schien, ohne Auseinandersetzungen an Sperrern unser Ziel, den Bauplatz, zu erreichen. Der große Nachteil war, daß das Mitführen von Lautsprecherwagen (u.a. für die Kundgebung, aber auch für die allgemeine Koordination) nicht mehr gewährleistet war.



Soweit die - sagen wir - politische Vorbereitung. Sie war selbstverständlich nur ein Teil der gesamten Arbeit, die im Vorfeld der Demo geleistet werden mußte. Aber sie hat, meiner ich, den Grundstein dafür gelegt, daß sich trotz Demoverbot und entgegen einer massiven Medienkampagne weit über 100 000 Menschen am 28.2. in der Wilster Marsch einfanden, um ohne gegenseitige Diffamierung ihre Entschlossenheit, gegen das AKW Brokdorf vorzugehen, zum Ausdruck zu bringen. Nicht mehr - aber auch nicht weniger. *Norbert*

Das Atomprogramm auf einen Blick

Brokdorf ist nur der Anfang von dem, was uns in Sachen Atomprogramm in den nächsten Monaten bevorsteht. An Brokdorf wollen die Betreiber ein Exempel abstruieren. Brokdorf ist ein Symbol. Sie hoffen auf unsere Resignation, wenn in Brokdorf zügig weitergebaut wird. Ihre Rechnung k ö n n t e aufgehen, muß aber nicht. Viel Zeit zum Verschmachten wird der Anti-AKW-Bewegung nicht bleiben. Neben den weiteren Aktionen in Brokdorf werden folgende Punkte zu knacken sein:

- Im Mai soll in Gorleben mit dem Bau des ersten Atomüll-Zwischenlagers begonnen werden; der Versuch, mit dubiosen Methoden die "Entsorgungs" katastrophe zu vertuschen.
- Ebenfalls im Mai will die DWK den Standort für ihre Wiederaufbereitungsanlage bekannt geben (irgendwo in Nordhessen).

- Mit Hilfe eines standardisierten Reaktortyps ("Pauline 80") wollen die Betreiber die Gerichte ausschalten. Ist ein AKW erstmalig durch alle Instanzen, kann der Typ überall gebaut werden.
- In Wahl wird der Neubeginn politisch vorbereitet.

Dies sind die Hauptschweineorien der Betreiber. Es gibt viel zu tun - tun wir es ihnen an!

Michael

Planung und Ablauf

Versuch über den Demotag

Planung

Der Verkehrsausschuß hatte drei Routen geplant, auf denen der aus den verschiedenen Teilen der BRD kommende Demonstranten vorstatten gehen sollte. Die großräumige Verkehrsplanung hat dabei im Ganzen gesehen gut geklappt.

Dabei unfaßr der erste Ham-burger Zug die Gegend groß-räumig, gelangte bei St. Mar-garethen auf die B5 Richtung Wülster und konnte entlang der Straße Busse und PKWs ab-stellen. Der Südzug fuhr über die Autobahn und ab Elmshorn über die B5 Richtung Itzehoe, um dann nach der Störbrücke über Heiligenstedten Richtung Wülster abzulenken. Hier wa-ren keine Straßensperrn im Weg, lediglich die uns nicht weiter interessierende Ein-fahrt nach Itzehoe war mit Polizeikette und Bandcontai-nern bis auf eine schmale Lücke dichtgemaacht.

PI-Spezial

Im Rahmen der Verkehrspla-nung (großräumig) gehörte das Einzugsgebiet südlicher Kreis Pinneberg zum Südzug, d.h. B5 durch Horst, Steinburg, Dägeling, Wellenkamp an Itz-hoe vorbei durch Heiligenste-dten bis zur Brücke zwischen Wülster und Dammfleth.

Verabredeter Treff war Elm-shorn um 6 Uhr früh. Um einem möglichen Stau oder Sperrn auf der Autobahn zu entgehen, fuhren wir aus Pinneberg und Wedel auf Land-straßen schon im Konvoi nach Elmshorn.

HAVE - die Wedeler wollten das tun. Sie wurden aber um Stunden aufgehalten, weil der geohartete Bus nicht kam und ein Umsteigen auf PKWs orga-nisiert werden mußte.

Da hatten wir aus Pinneberg und Elmshorn noch halbwegs Glück. Wir wußten, daß wir auf unsere Autos angewiesen waren!

Betriebsausflug...?

Diese Telefonnotiz als klei-nes Lehrstück in Sachen Ver-tragstreue. Die Zusage für die Busse lag uns von der

BYG schriftlich vor. Hintergrund: Die Versicherun-gen hatten allen größeren und kleineren Busunternehmen angedroht, für eventuelle Schäden an den Fahrzeugen am Demotag nicht zu bezahlen.

24 2 84
Herr Biel von der
Pinneberger Verkehrsge-
sellschaft hat angerufen.
Er möchte wissen, ob die
Busse für einen Betriebs-
ausflug gebraucht werden.
Wenn es mit der Demon-
stration zusammenhängt,
kann er die Busse
nicht vermieten.
Bitte heute bis 18⁰⁰ Uhr
anrufen: 04103/85222

In Elmshorn setzte sich dann der Lautsprecherwagen an die Spitze des gemeinsamen Zuges und wir verließen ca. 6 Uhr in einem Konvoi von über 100 Autos die Stadt.

Wir hatten aufgrund des zu-nächst totalen Demo-Verbots damit gerechnet, Stunden im Auto zu verbringen und even-tuell an der Grenze zum Kreis Steinburg auf massive

Weiter nächste Seite



Der weitere Verlauf in äußerster Kürze

Ein Infosystem existierte dann kaum noch. Viele wußten nicht, daß die Kundgebung in Wilster eine reine Begrüßungsveranstaltung von AKL, Jusos und BBU war und daß sich der Zug auf der Brücke sammeln und zunächst in Richtung St. Margarethen marschieren sollte.

Etwas um 11⁰⁰ Uhr zogen zwei Züge los. Der eine ging die B5 bis Poßfeld und dann über die Wiesen. Der zweite Zug ging durch Dammfleth genau auf eine große Sperre zu und blieb dort für mindestens zwei Stunden stecken. So wurde die weiträumige Verstärkung der Demonstration eingeleitet, die viele der Späterkommenden völlig verwirrte und auf weitläufigen Umwegen frustrierte.

Fortsetzung von Seite 7

Straßensperrungen zu stoßen. Doch während noch den Richtern die Köpfe rauchten, kamen wir reibungslos voran, Polizei ließ sich höchstens in Entfernung vielleicht zwecks Verkehrszählung sehen.

Eine böse Sache passierte aber doch. Unser Zug wurde hinter der Ortschaft Horst Opfer eines Anschlags. (dazu steht weiter hinten ein Bericht)

Gegen halb neun kam für unseren Zug Wilster in Sicht. Dort herrschte schon ein ziemliches Anfahrtschaos. Bei dem Versuch gemeinsam an der Brücke über die Landstraße zwischen Wilster und Dammfleth zu parken, wurde unser Zug auseinandergerissen. Das hatte mehrere Ursachen. Schon während der Fahrt hatten sich vor allem Berliner Wagen zwischen die übrigen gedrängt, so daß der Zusammenhalt nicht mehr für alle erkennbar war. Das war auch nicht mehr über den Krödmelder zu sichern, weil der schon in Horst völlig durchgefroren war und keiner seine Aufgabe übernahm. So fuhr der erste Teil des Zuges, wie geplant, über die Brücke hinaus an wehren

Kolonnen parkender Wagen vorüber und fand gleich dahinter genügend Parkraum für alle. Im anderen Teil des Zuges machten sich Bedenken breit, später noch einen Abstellplatz zu finden. So fingen die ersten an, bereits vor Wilster zu parken. Die nachfolgenden mußten annehmen, das sei Verabredung und stellten sich daneben. Ein Pinneberger Auto vom vorderen Zugteil fuhr noch zurück, kam aber nicht schnell genug durch und fand nur noch die abgestellten Wagen vor. Die zugehörigen Pinneberger Demonstranten waren inzwischen dem allgemeinen Trend folgend nach Wilster hineingelaufen.

HIER fehlten eindeutig Streckenposten mit Megaphon, die die ankommenden Fahrzeuge weiterleiteten. Das war eine Ursache für das Zusammenbrechen der kleinräumigen Verkehrsplanung; in der Folge setzte sich die Parkrauhine bis hinter Itzehoe fort, so daß viele Demonstranten den doppelten Anmarschweg zum Hauptplatz bewältigen mußten und davon viele gar nicht dort ankamen. (auch zum Anfahrtsmucks gibts weiter hinten einen Bericht)

Ab ca. 13⁰⁰ Uhr bewegte sich in diversen Zügen auf im wesentlichen zwei Routen die Masse der Demonstranten dem Bauplatz zu. Die ersten waren schon dort angekommen, als noch lange nicht die letzten aus ihren Autos stiegen. Zwischen den Zügen war die Kommunikation abgerissen. Die nacheinander über mehrere

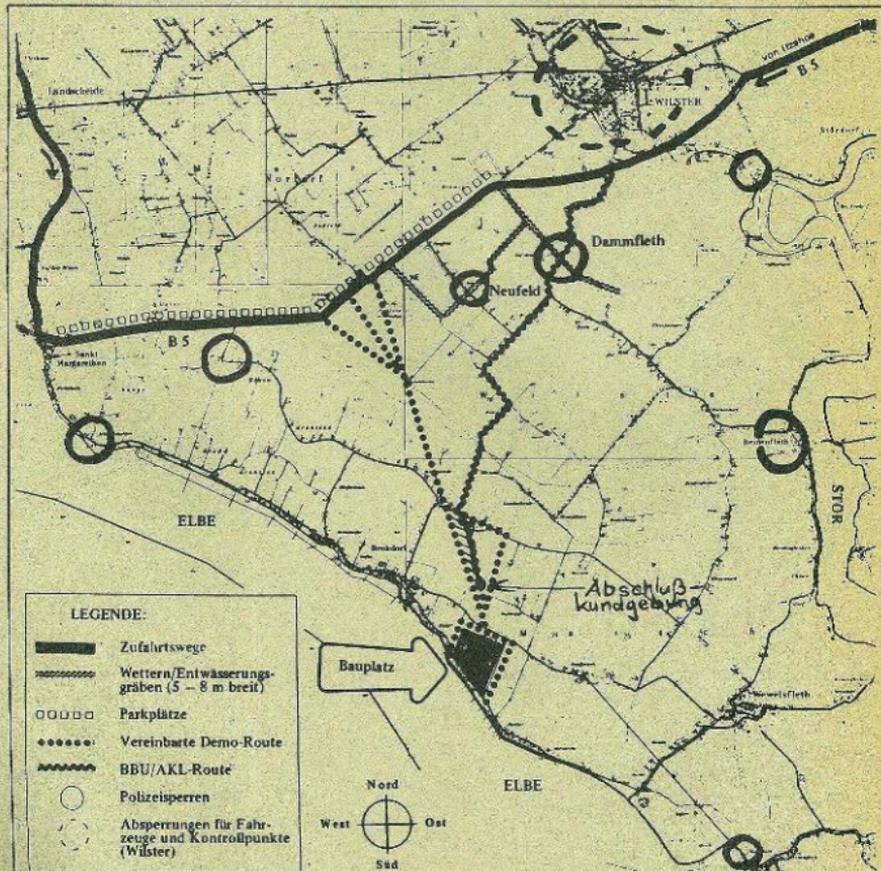


Stunden hinweg am Heuzaun eintreffenden Leute konnten nicht koordiniert werden, so daß es dort nur zu vereinzelten Aktionen kam. Ein Teil des Zuges, der über die Wiesen kam, traf auf den aus der Dammflether Sperre kommenden mit dem Lautsprecherwagen des AKL. Der mußte auf der letzten Wiese nördlich der B431 in Höhe des Bauplatzes halten, weil die Wittern parallel zur Straße den Weg versperrten.

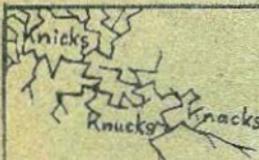
Hier fand ab etwa 16⁰⁰ Uhr eine Abschlußkundgebung statt (zu den Inhalten sieh weiter hinten). Zur gleichen Zeit begann die rasche, brutale Räumung am Bauplatz, in deren Verlauf Wasserkanone, Knüppel, Tränengas und niedrigst fliegende Hubschrauber eingesetzt wurden. (auch dazu haben wir Augenzeugenberichte) Beim Abmarsch um 17⁰⁰ Uhr war ein geschlossener Zug als bester

Schutz vor Übergriffen kaum möglich. Es haben sich dann schlimme Szenen abgepielt; in diesem Zusammenhang hat der Ermittlungsausschuß 62 Verhaftete und 224 Verletzte gezählt. Die Masse der ab 19⁰⁰ Uhr von Wilster nach Hause Führenden bedingte, daß auf der B5 Richtung Itzehoe erstmal vier Stunden lang nichts ging.

Dorothea



Von Westen über St. Margarethen kamen der Hamburger und der Noerdzug. Von Osten über Wilster kam der Südzug und der Zug von BBU, Jusos, AKL und DKP. Vereint war in der Koordination, a118. Demonstranten auf die B5 zu führen. Westlich von Neufeld schied dann über Falsweg zum Bauplatz marschiert werden. Dies ist die einzige Stelle, an der der Weg zum Bauplatz nicht durch breite Gräben erheblich behindert wird. Diesen Vorteil bietet der Weg über Dammfleth nicht. Die Straße dort wird durch einen 5 bis 8 m breiten Graben unterbrochen. Die Brücke bietet einen idealen Standort für die Polizeisperren, ohne daß diese umgangen werden kann. Schon ab 11 Uhr zogen Zehntausende von der B5 über die Wiesen unkontrolliert Richtung Brockdorf, während der Zug von BBU und Jusos auf Dammfleth marschierte, dort aufgehalten und die Demonstranten einzeln kontrolliert wurden. Das gesamte Gebiet zwischen St. Margarethen, Bauplatz und Wilster war voll von Demonstranten. Darüber hinaus staut sich die Menschen über Wilster hinaus bis nach Itzehoe.



Knack- punkte

Bei allem, was am 26.2. Demo-Frust verursachte, müssen wir drei Ursachengruppen unterscheiden:

1. die Polizeitaktik
2. die politischen Hintergründe
3. die Organisations- und Materialmängel

zu 1.
Weil sich über 10000 Leute von einem Demo-Verbot nicht beeindrucken ließen, hieß die Taktik zu Anfang: aufhalten, verzögern, müde machen.

Das zeigte sich z.B. an der Dammflether Sperre. Hier steckte der Zug erst gänzlich fest. Dann ließ man sich auf Einzeldurchlaß nach Leibensvitation ein. Es war schließlich eine rein militärische Entscheidung der Polizei, die Durchsuchungen immer laxer werden zu lassen und die Sperre am Ende ganz aufzugeben. Sie war sinnlos geworden, weil inzwischen ein unübersehbarer Zug völlig unkontrolliert über die Wiesen ging.

zu 2.
Die Zerstreuung der Demonstration wurde aber mitverursacht durch die Uneinigkeit

des Vorbereitungsbündnisses im praktischen Vorgehen aufgrund von vornherein unterschiedlicher Interpretation des Aufrufs.

Der Koordinationsausschuß als Demoleitung war ein Kompromisgreium und sollte im Ernstfall gar keine Kompetenzen haben. Die Entscheidungen auf der Demo sollten bei einer ad hoc zusammentretenden Vertrauenslautversammlung liegen. Ein ungeheuer basisdemokratisch anmutendes, aber völlig unrealistisches Modell. Folgerichtig wurde dieser Heiligstetteste Beschuß mehrfach unterlaufen. Das war einerseits richtig, weil den Verhältnissen angemessen, als Freitagabend die Mitglieder des Koordinierungsausschusses die gemeinsame Route festlegten.

Jo Leinen von SWU hat aber, auch aus politischen Gründen, den beschluß von Freitagabend unterlaufen und die Information nicht an diejenigen weitergegeben, die er im Koordinierungsausschuß vertrat. So lief ein ganzer Zug in der Meinung, auf dem richtigen Weg zu sein, genau in die Dammflether Sperre. Hier war es wiederum Ver-

dienst des AKL, seinen Lautsprecherwagen durchzubringen. (war auch nicht abgesprochen, viele erfuhren das erst am Sonntag) Nur so aber konnte ein Zugteil in Ansetzungen koordiniert werden und eine Abschlusskundgebung stattfinden.

zu 3.
Die unter 1. und 2. genannten Frustgründe hatten durch ein gut ausgebauten Infosystem teilweise aufgehoben werden können. Die örtlichen BIs waren schlichtweg überfordert in der Bereitstellung einer ausreichenden Zahl ausgerüsteter Streckenposten. Ortsunkundige Züge, z.T. selber mit Megaphonen etc. schlecht ausgerüstet, waren aber darauf angewiesen. Auch wenn viele nicht mit 'ner Konsumentenhaltung in Kopf angefreit waren, wurden sie durch die organisatorischen Mängel in eine solche Rolle gedrängt.

wir müssen bei künftigen gemeinsamen Aktionen, nicht nur in Brockdorf, auf diese Punkte genauer achten.

Dorothea

Für Reinigungsarbeiten in den Kernkraftwerken Emschamm und Stade benötigen wir für die Zeit Anfang März bis Juli August 1981 noch

200 männl. Arbeitskräfte

Die für Ihre Überprüfung die Arbeitskräfte jetzt schon gemeldet werden müssen, bitten wir um die Bewerbung mütterlicherer Männer, die sich vor Radioaktivität nicht scheuen.

Wir lassen uns Ihr Risiko etwas kosten!

Hoher Verdienst, Spesen (Auslozung), Überstundenzuschläge und Anwesenheitsprämie. Unterbringung in Arbeiterheimen oder Hal. Transport in Kleinbussen. Sie haben die Kündigungsmöglichkeit.

Telef. Bewerbungen unter 38 40 33.

Arthur Jaffke - Glas- und Gebäudereinigung
Urbener Straße 102 - 2800 Bremen



Augenzeugenberichte

„Totschlagen sollte man euch!“

Ich befand mich im letzten Teil des Zuges, der auf der B 431 in Richtung Brokdorf/Wilster zurückziehen wollte. (Ann.: Also so gegen 17.00 Uhr)

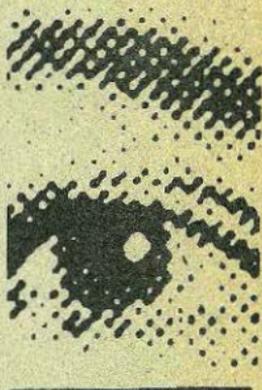
Durch das Aufsammeln gestürzter geriet ich ganz an das Ende des Zuges und unter direktem Beschuss des Wasserwerfers. Nachdem ich mehrmals durch den harten Strahl zu Boden geworfen wurde, versuchte ich mich durch einen Sprung in den Graben zu retten. Sofort sprang ein Ordnungshüter (Ralf Z., geb. 1960, Polizist), der mich mit gut trainierten Blick sofort als Gewalttäter erkannte, auf meinen Rücken und schlug auf mich ein.

Er führte mich zum Bauplatz zurück. Seine uns entgegenkommenden Kollegen beschimpften ("Totschlagen sollte man euch") und schlugen

mich, was dieses Abführen zum regelrechten Speißenlaufen machte.

Auf dem Platz wurden wir in das von den Bullen so genannte "Konzentrationslager", zwei Container mit Natodraht umgeben, gebracht. Bei der Feststellung meiner Personalien erfuhr ich, daß man mich als "gewöhnlicher Störer" eingestuft hatte. Man machte ein Polaroid-Foto von mir und meinem Zeugen, Ralf Z., und behandelte mich erkenntnisdienlich. Ein Telefonat mit einem Rechtsanwalt wurde mir mit der Begründung, man habe hier nur ein Telefon und das sei nicht für Demonstranten gedacht, verweigert.

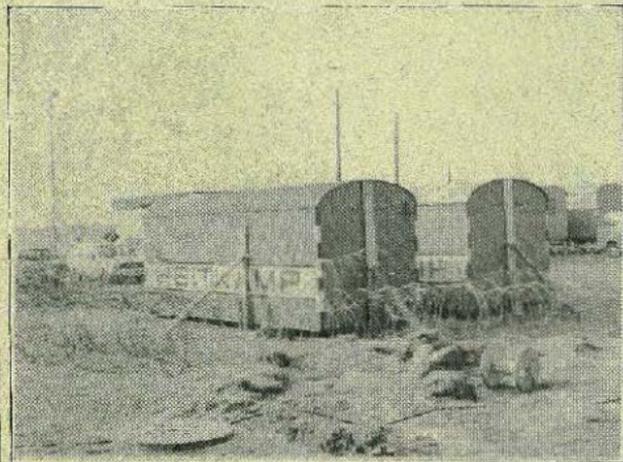
Pitschnaß sperrte man mich zu den anderen Frauen in einen dunklen, ungeheizten Container. Wir verlangten Licht, Decken, trockene Klammotten und einen Klogang.



Decken brachte man uns, später konnten wir auch aufs Klo.

Ab ca 21.00 Uhr holten sie uns nacheinander aus den Containern. Wir erhielten unsere Ausweise zurück, wurden in VW-Busse gesetzt und zum Haupttor (des AKW-Bauplatzes - Ann.) gefahren.

Für mich war das Ende des "rücksichtsvollen, besonnenen Polizeieinsatzes" eine riesige Prellung an der linken Wade (Wasserwerfer), mehrere kleinere Prellungen an Armen und Beinen, Verspannungen der Schultermuskulatur (Schlagstöcke), ein kaputtes Handgelenk und panische Angst vor uniformierten Männern.



Das „Konzentrationslager“ auf dem Bauplatz

P. aus Finneberg

Demo endete im Krankenhaus

Ich bin so kurz nach sechs Uhr mit dem Fahrrad losgefahren. Meine Leute, mit denen ich mich verabredet hatte, waren auch schon los, nur lieber ohne meine Persönlichkeit, weil ich nämlich verschlafen hatte. Ich fuhr die Strecke über Uetersen, Elmshorn und Glückstadt zum Störsperrwerk. Dort war allerdings die Brücke hochgeklappt, sodaß ich die Störstromaufwärts nach Heiligenstedten fahren mußte. Den ganzen Weg traf ich Autoschlangen, die auch nach Brokdorf führen, es war ein echt schönes Gefühl.

Als ich bei Heiligenstedten auf die B5 fuhr, war diese schon verstopft mit AKW-Gegnern, allerdings mit dem Fahrrad hatte ich gute Chancen weiterzukommen. So kurz hinter Wilster stellte ich mein Fahrrad ab, weil ich vor lauter Menschen auch nicht schneller vorankam. Ich suchte immer noch meine Freunde und ein paar Demonstranten sagten mir, daß am Baugelände schon viele AKW-Gegner ständen. Was ich natürlich auch glaubte.

weil es schon fast Mittag war. Also dachte ich mir, mal ein bisschen schneller gehen.

Bald hatte ich die Spitze und die erste Polizeisperre vor mir. Zu meiner und Verwunderung anderer wurden wir nur kontrolliert, aber weitergelassen. Bis zum Baugelände waren es 5km. Als ich dort aber ankam, waren nicht die von mir erwarteten Tausende da, sondern nur ca. dreißig Leute.

Die Polizei sagte uns, daß wir die B431 nicht betreten dürften, falls wir die Straße betreten, würden sie das schon zu verhindern wissen. Wir wunderten uns schon ganz schön, als der erwartete große Demonzug auf der B 431 ankam. Also gingen wir auch auf die Straße. Es begann ein Spiel der Polizei mit den Demonstranten, was auch eine ganze Weile gut ging. Die Polizei ging zurück und ließ die Demonstranten langsam um das Baugelände. Als aber irgendein Demonstrant Feuer vor das Haupttor gelegt hatte, wollte die Polizei die Straße am Haupttor räumen und als nach erfolglosem Aufruf die Demonstranten nicht zurückwichen, setzte die Polizei zum erstenmal Wasserwerfer ein. Das war der Auftakt zu den Gewalttätigkeiten von beiden Seiten.

Von der einen Seite kamen Steine u.s.w. und von der anderen Tränengas und Wasser. Ab und zu wurde der eine oder andere Demonstrant durch Greiftrupps der Polizei verprügelt oder/und festgenom-

men. Das heizte aber die Menge, die hinter dem Graben stand, nur noch mehr auf. Diese Menge versorgte die zwei- oder dreihundert Werfenden mit dem entsprechenden Wurfmateriell. Als ich mich mit zwanzig anderen zwischen die Polizei und die Demonstranten stellte, wurden wir nach ein paar Minuten als Ziel betrachtet. Fest hätte ich hier schon ins Krankenhaus müssen. Wir gaben auf, die Leute aus Göttingen, Berlin und Hamburg gingen zu ihren Leuten, ich blieb da.

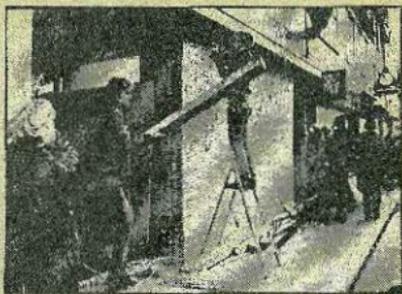
Ich wollte dablauen, um den Leuten zu helfen, weil ich Verbandsmateriell dabei hatte. So gegen siebzehn Uhr hatte die Polizei wohl zuviel, denn es flogen Hubschrauber auf die Wiese und setzten Einsatzgruppen ab. Daraufhin kamen Leute mit Megaphon und riefen auf, daß sich die Demonstranten zurückziehen sollten. Ich blieb hinten, um noch zurücklaufenden Leuten zu helfen. Denn es kam eine Panik auf, als die Hubschrauber relativ kurz über die Köpfe hinwegflogen.

Auch zwei Menschen neben mir wurden vom Druck des Hubschraubers umgeworfen. Den Jungen sah ich nicht mehr, dem Mädchen half ich noch über einen Zaun. Einige Polizisten waren schon hinter mir. Ich drehte mich um und nahm die Hände hoch. In diese Augenblick hatte ein Polizist mir schon mit einem Gummiknüppel über den Kopf geschlagen, einen Helm hatte ich nicht auf.

Ich brach zusammen und wurde von drei oder mehr, aber das ist ja egal, verprügelt. Schläge auf die Knie, Nieren und Steißbein. Mich fingen zwei Leute auf, auf die ich zugetorkelt kam. Dann bin ich irgendwie mit dem Hubschrauber ins Krankenhaus gekommen. Dort stellte man glücklicherweise fest, daß es nur eine Platzwunde am Kopf war und kein Schädelbasisbruch. Jetzt ging alles seinen Weg.

Heike/ Pinneberg

Für 120.000,-



Von der BI Krempe liefen die Vorbereitungen schon Tage vorher. Etliche Leute hatten sich bereit erklärt, Schlaf-sacke und Essen für diejenigen zur Verfügung zu stellen, die lange unterwegs waren. Das war dann so organisiert, daß mit den jeweiligen Bussen z.B. im Ruhrgebiet genaue Treffs abgesprochen waren.

Aufgrund der Polizeischikanen auf der Autobahn (Nagelketten, Sandbarrieren) kamen die Busse - wenn überhaupt - oft erst in der Nacht zum 26. gegen zwei Uhr an. In den Nachrichten am Morgen des 28. wurde recht früh (um 7 und 8) gemeldet, auf den Autobahnen liefe der Verkehr zähflüssig und auf der B5 sei ein Stau.

Ein Kradmelder der BI Krempe fuhr daraufhin die Strecke von Elmshorn bis Krempe ab und stellte fest, daß von einem Stau überhaupt nicht die Rede sein konnte. Offensichtlich sollten durch solche Meldungen noch Leute abgehalten werden zu kommen. Entlang der B5 waren Streckenposten aufgestellt, die durch einen Kradmelder die neuesten Informationen erhielten.

Trotzdem gelang es der Gegenseite immer wieder, Falschmeldungen zu verbreiten, z.B. die Brücke bei Heiligenstedten sei unpassierbar. Oder die Autos seien am besten schon auf der großen Störbrücke abzustellen. Dadurch wurde die Ankunft der Leute am Hauptplatz verzögert und sie selbst ordentlich müde gemacht.

Spanplatten

In Glückstadt hatten sich die "braven Bürger" inzwischen vorfreilich vorbereitet. In der Kremper Straße, der größten in Zentrum, hatten sich nahezu alle Geschäfte verbarrikadiert. (Eine Holzhandlung in Itzehoe hatte in dieser Woche für 12000,- Spanplatten verkauft.) Hier zeigt sich, wie gut die Pressesetze funktioniert hat. Auch von einem Großteil der Bevölkerung in Krempe wurden AKW-Gegner und Kriminelle gleichgesetzt. Kinder hatten Angst, ihre Mütter würden abbrennen. Außerungen wie "die Demonstranten abschlichten", "die haben sich hier schon eingemietet"; Gerüchte wie: Demonstranten hätten die Bakkerlei geplündert, hätten ohne zu zahlen ein Lokal verlassen, hielten sich hartnäckig bei Erwachsenen und Jugendlichen. Letztere wurden in ihrer Meinung auch noch in der Schule durch einen entsprechenden Brief des Kultusministers bestärkt, den die Lehrer vorlesen mußten. Andere Lehrer warnten die Schüler aus eigenem Antrieb vor Brokdorf und Demonstrationen. Die Befürworter von AKW dürfen das, werden durch Briefe des Kultus unterstützt. Die Gegner dürfen (wenn sie eine Plakette am Auto haben) nicht einmal auf dem Schulgelände parken, geschweige denn, ihre Meinung in der Schule kundzutun. Das ist übrig geblieben von unserer Demokratie.

H.



15.00: auf dem Deich

Der ruhige Lauf der Elbe und die schon tief stehende Sonne stimulieren mich! Ein Zweimaster und ein Küstenwachboot des BGS liegen ruhig im Wasser. Oben vom Deich hat man einen guten Überblick: Bis zum Horizont ein nicht abreißender Strom von Leuten. Wie ein Teleobjektiv versuche ich einzelne Gesichter einzufangen und erkenne eine große Geschlossenheit und Hoffnung in ihrem Gang zum Bauplatz.

Wo sind die 10000 Polizisten: nach überschlägiger Rechnung müßten mindestens 1 Polizist
m²

kommen? Vielleicht werden sie in den Baracken auf dem Bauplatz gestapelt? Oben auf dem Deich gehe ich bis zum Bauplatz: endlich passiert etwas, dieser eintönige Marsch ist vorbei, vergessen sind Kälte und Wind. Hier bin ich nur Statist, wie so viele; entscheidend ist nur meine Anwesenheit.

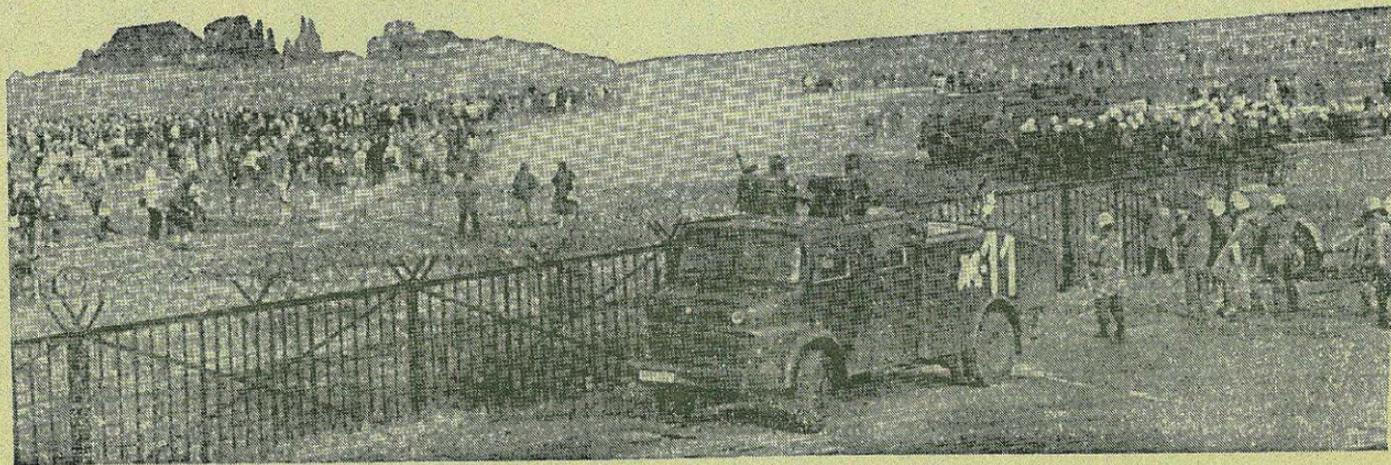
Die erste Polizeikette auf der NWK-Straße, militärisch aufgebaut, der größte und kräftigste in der ersten Reihe, bereit und entschlossen dem erstbesten Demonstrant den Schädel einzuschlagen. In den hintersten Reihen sehe ich filmende und fotografierende Bullen - es werden Fotos für das große Familienalbum, sprich: Verfassungsschutz gemacht. Inzwischen wird das Klär-

werk "geschliffen", diese Ersatzbefriedigung erquickt höchstens 15-20 Leute, andere schauen zu und schreien später: "Aufhören, Aufhören" Es nützt nichts, ein Molli tut sein übriges. Es wird mir jetzt zu heiß hier. Inzwischen ist überall am Bauzaun Bambule. Ich hätte nicht geglaubt, daß dieses genehmigte Monstrum von staatlicher Perversität angegriffen wird, die Überlegenheit lag nur auf einer Seite. Parallel der B431 war jetzt der Teufel los. Es entfaltet sich das gleiche Bild wie auf der NWK-Straße; nur daß hier mehr Fans waren, die, sicher hinter den Wettertern, ihre Kollegen aufweerten. Ein Katz und Maus Spiel! Für die Bullen ist es eine Übung, für die Demo-Teilnehmer bringt es hoch-

stens einen Tennisarm vom vielen Steine werfen. Jetzt zogen die BGS-Hubschrauber wie schwarze riesige Vögel über unsere Köpfe, die meisten wußten, sie bergen eine eklige Last in sich: Grüne Männchen, gehirnamputiert, wie Roboter gestaffelt und nur ihren Vorgesetzten gehorchend.

Jetzt beginnt für die meisten Demo-Teilnehmer der Rückzug, man glaubt, diese Scheiß-Hubschrauber ziehen einen Kreis um die ganze Wiese, egal, wir müssen hier raus, die Sonne geht und 10 km Fußmarsch warten auf uns.

Bernd



Anschläge auf anreisende Demonstranten 1

Auf der Fahrt zur Demo am 28./02/ fuhr ich mit meinem FKW, fünf Insassen, als zweites Fahrzeug in Elmshorn, Pinneberger Konvoi. Zwischen Horst und Steinburg, in Höhe der Rastplätze, wurde mir aus einem entgegenkommenden FKW, der ziemlich schnell fuhr (ca. 100 km/Std) ein roter Ziegelstein von dem auf dem Rücksitz sitzenden Menschen in den fahrenden Wagen geschossen.

Wir konnten froh sein, daß es "nur" bei einem Sachscha-den geblieben ist. Einen halben Meter höher und der Stein hätte genau den Kopf des Beifahrers getroffen. Die Folgen wären wohl klar.

- Den Schaden am Wagen könnt ihr dem Bild entnehmen. Kotflügel vorn, Traverse, Kühlergrill und Kühler in El-

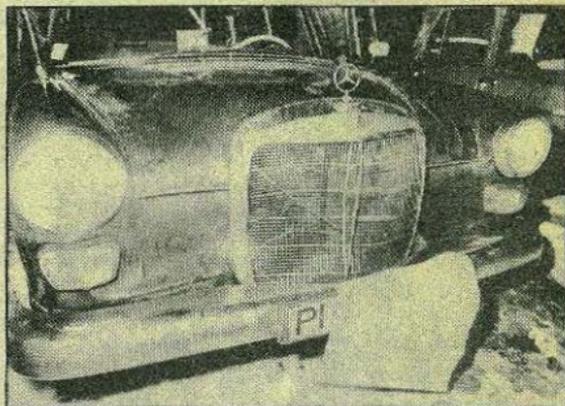
mer. Schaden bei einer Reparatur in der Werkstatt mindestens 1.200,-.

- Am Sonntag den 01./03/ erstattete ich Anzeige beim Elmshorner Polizeirevier. Die Anzeige sollte eigentlich wegen versuchten Totschlages erstattet werden, doch da nur

der Tatbestand der Sachbeschädigung vorliegt, ist es auch nur möglich - jedenfalls nach Aussage des Beamten - Anzeige wegen Sachbeschädigung zu erstatten.

Bei den Steinwerfern muß es sich übrigens um mehrere Personen und mindestens zwei Autos gehandelt haben, da Leute aus Uetersen, die auch Betroffene sind, aussagten, daß "ihr Stein" von einem Kleinlaster "fiel".

Ulli/ Elmshorn



Anschläge auf Demonstranten 2

Aus Elmshorn setzte sich am 28. Februar 1981 gegen 6.30 Uhr ein Autokonvoi in Richtung Kernkraftwerk Brokdorf in Bewegung. Auf dem Weg zu dieser Großdemonstration, einen halben Kilometer hinter Horst, wurden aus einem uns entgegenkommenden, fahrenden (ca. 70km/Std) LKW-Transporter Ziegelsteine auf den Autokonvoi geworfen. Hierbei erlitten ein Bus sowie zwei PKW's größeren Sachschaden. Jegliche Anhaltspunkte, die es ermöglichen würden den Täter, gegen welchen eine Anzeige wegen versuchten Totschlages vorliegt, ausfindig zu machen, fehlen. Bedauerlicherweise entspricht es der Realität, daß dieser Anschlag auf Demonstranten von der Presse kaum erwähnt, von Fernsehen totgeschwiegen wird.

Die Polizei nahm erst nach längerem Debattieren die Anzeige wegen versuchten Totschlages zu Protokoll, da sie die Auffassung, bei diesem Anschlag sollte lediglich Sachschaden angerichtet werden, vertritt.

Aber wie wäre dieser Anschlag beurteilt und von den Medien bekanntgemacht worden, wäre er von Kernkraftgegnern ausgetriggert?

Katrin/ Elmshorn

Mein Demotag

Für mich begann die Demo damit, daß ich mich über die Koordination bei den Pinnebergern ärgerte. Die Leute stellten ihr Auto ab, verschwanden im Gewühl und waren nicht mehr gesehen. Am Montag erfuhr ich, daß ein Großteil der Wagen unseres Konvois noch weiter Richtung Brunsbüttel gefahren waren, während der Rest, darunter auch meine Wenigkeit, bei Wilster schon parkte. Vergeblich versuchten wir in Wilster unsere Leute zu sammeln, um wie abgesprochen einen Pinneberger Block zu bilden. Statt mit 150 Leuten zogen wir dann als Haufen von 20 Personen gegen 10.30 Uhr Richtung Dammfleth. Das wir uns auf der falschen Route befanden erfuhr wir allerdings auch erst am Montag. Nach kurzem Marsch (1 Std.) standen wir auch schon an der Polizeisperre, genauer gesagt irgendwo in der Mitte der ca 30 000, die diese Route gewählt hatten. Wir bekamen zwar mit, daß Jo Leinen auf den Barrikaden herumturnte und ständig von Verhandlungen mit der Polizei erzählte, was nun aber Sache

war drang nicht bis zu uns durch. Nach zwei Stunden Blick über eine Marschweiese zur Bundesstraße haben wir genug und machen uns auf die Socken. Am Marsch zum Bauplatz hindert uns neben der Polizei ein ca 4m breiter Wettern (Graben). Wir gehen am Wettern entlang Richtung Bundesstraße. Wir sehen auf der anderen Seite einzelne Leute Richtung Bauplatz ziehen. Es waren Leute die sich entweder erniedrigenden Kontrollen der Polizei unterworfen haben (erfahren wir auch erst am Montag) oder über eine der zahlreichen selbstgebaute Holzbrücken den Graben pioniermäßig überquert haben. Die Angst auf der anderen Seite des Grabens freilicht für die Bullen zu sein, läßt nach einigen Diskussionen unseren Pioniergeist erlahmen. Wir wählen den Weg über die Bundesstraße.

Einige Tausend haben sich schon vor uns auf den Weg Richtung Neuenfeld gemacht. Als wir gegen 15.00 die dortige Sperre erreichen, ist diese schon geöffnet. Just zu diesem Zeitpunkt landeten

Weiter Seite 16

Apocalypse now



Als ich mich am 28. Februar von der Demonstration am Bauplatz in Richtung Wilster entfernen wollte, kam es gegen 17-18 Uhr zu mehreren Polizeiübergriffen.

Die Demonstration am Bauplatz begann sich aufzulösen. Vom Baugelände formierten sich zwei Züge: der eine versuchte über die Straße Richtung Wilster zu gelangen. Dieser Zug wurde ohne erkennbaren Grund von Wasserwerfern und Polizeieinheiten verfolgt, wobei ich mehrmals sah, wie Polizeibeamte friedliche Demonstranten von hinten ohne Grund verprügelten. Ich selbst bin auf meinen Rückzug zweimal von tieffliegenden Hubschraubern des BGS (Flughöhe ca 4-5m) durch den enormen Luftdruck an die hartgefrorene Erde geworfen worden. Mir ist dieser lebensgefährliche Hubschraubereinsatz total unerklärlich, zumal alle Demonstranten sich friedlich auf dem Rückzug befanden.

Ralf, Rellingen

Fortsetzung v. S. 16

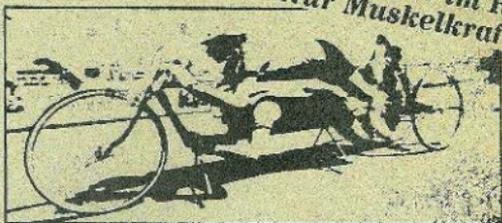
Mein Demotag

rechts und links von uns 10 BGS-Hubschrauber. Wir wissen nicht was sie vorhaben. Wir nehmen uns bei der Hand und gehen zügig, ohne kontrolliert zu werden, durch die Sperre. Der Frust weicht. Wir sehen den endlos langen Zug, der sich Richtung Bauplatz bewegt. Gegen 14.40, zu einem Zeitpunkt wo die Spitze des Hamburger/Bremer/Berliner-Zug, ohne je auf eine Sperre gestoßen zu sein, am Bauplatz angelangt war, hatte die Polizei auch die Sperren in Dammfleth und Neuenfeld ganz geöffnet. Hopp, hopp, hopp - Brokdorf stop. Ohne Behinderungen gehts Richtung Bauplatz. Gegen 16.00 kommt der Bauplatz in unser Blickfeld - 11 Stunden sind wir jetzt seit unserer Abfahrt aus Pinneberg auf den Beinen. Wir hören es knallen, sehen die Fontänen der Wasserwerfer. Hubschrauber kreisen über dem Bauplatz. Langsam wirds kritisch. BGS-Hubschrauber

donnern über unsere Köpfe hinweg und landen auf der Wiese zwischen uns und dem Bauplatz. Einzelne Leute auf der Wiese werden vom Luftdruck der Rotoren zu Boden gelassen. Apocalypse Now - die Hubschrauber kreisen über uns, um dann auf der Wiese ihre behelinten Besatzungen auszuspacken. Diese Szene wiederholt sich mehrmals. Mir ist ziemlich mulmig zumute, trotz der vielen Leute fühle ich mich ohnmächtig und ausgeliefert. Wir gehen auf die Wiese-Abschlusskundgebung. Ich schenke den Bullenkettens 50m neben uns mehr Aufmerksamkeit als den Rednern im Lautsprecherwagen. Ich stehe im Widerspruch zwischen meiner Angst, die mir sagt rechtzeitig abzuhauen und meiner Solidarität zu den Leuten am Bauplatz, denen dann leicht der Rückzug abgeschnitten werden kann. Gegen 17.15 Uhr ruft der Lautsprecherwagen zum geschlossenen Rückzug auf. Gegen 19.00 bin ich wieder am Wagen. Erst später erfahre ich von den Bullenübergriffen auf den Lautsprecherwagen. Michael

Pinneberg - Brokdorf mit dem Fahrrad

Superräder im Rennen:
Nur Muskelkraft zählt



Am 28.2. fuhren wir (15 Personen) um 6 Uhr von Pinneberg aus mit dem Fahrrad auf der B 5 in Richtung Itzehoe. Der starke Südostwind erleichterte die Fahrt, wegen häufiger Defekte an den Rädern mußten wir viele Zwangspausen einlegen.

In Itzehoe gerieten wir in Fahrzeugstaus. Obwohl die Demonstranten beide Richtungsfahrbahnen befuhren, gab es für Radfahrer noch Möglichkeiten, an den Autos vorbeizugelenken, - wenn auch mit verlangsamter Fahrt. Die Stör Überquerten wir auf einer kleineren Brücke. Wegen des Stop-and-Go-Verkehrs parkten hier schon viele ihre Autos und gingen zu Fuß weiter, sodaß uns der Vorteil des Radfahrens besonders deutlich wurde. In Damfleth stellten wir die Räder ab. Es zeigte sich aber später, daß wir auch gut mit dem Rad bis zum Bauzaun hätten

fahren können. Wir erreichten ihn etwa mit den ersten Demonstranten um 12.30 Uhr. Zurück fuhren wir mit dem Zug ab Wilster.

Ich darf vielleicht erwähnen, daß alle Beteiligten das Radfahren trotz der Kälte als angenehm empfanden. Das Verhalten der einzelnen Polizisten empfanden wir als angemessen. Wir wurden zwar durchsucht, aber nicht schikanös.

Es schien aber die bewußte Strategie der Einsatzleitung zu sein, die Demonstranten ins Unrecht zu setzen. So erschien es mir beabsichtigt, daß eine einreihige Polizeikette den Weg in Richtung Deich entlang des Bauzauns abriegelte, sich aber, als die Demonstranten näherten, zurückzog. An der Wegbiegung am Deich wurde die Polizeikette verstärkt und ließ sich nicht mehr zurückdrängen. Über Lautsprecher wurde folgerichtig auf das Unrechtmäßige unseres Tuns

hingewiesen und nach der dritten Verwarnung abgezogen, Wasserverfer eingesetzt (entlang des Weges und seitlich vom Bauzaun aus).

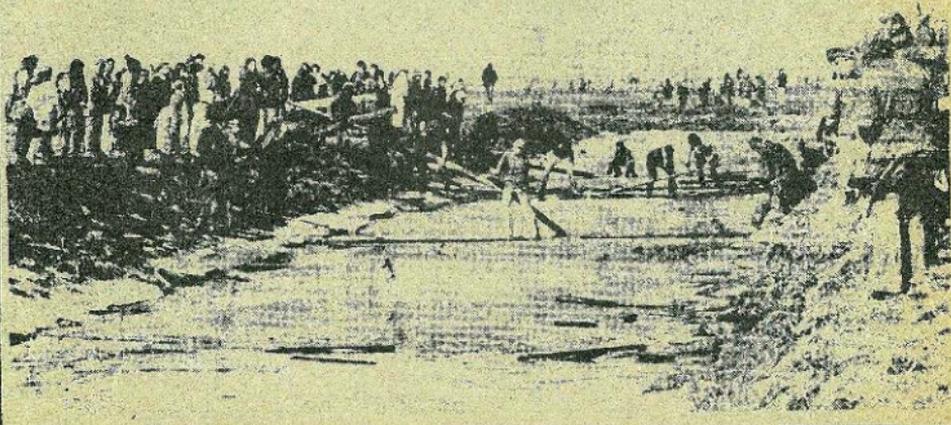
Als unangenehm empfanden wir die vielen Hubschrauber in der Luft. Das ständige Motorengeräusche erzeugte in mir eine aggressive Stimmung. Zeitweise kreisten acht Hubschrauber schweren Typs über uns. Außerdem störte der Fluglärm die Abschlußkundgebung erheblich. Der Grund häufigen Überfliegens der Kundgebung kann nur als Störmanöver angesehen werden.

Als eindeutige Provokation wurde es gewertet, daß eine Hubschrauberstaffel (6 Stück) schräg von oben auf die Teilnehmer der Kundgebung herabflog und erst wenige Meter über deren Köpfen die Flugrichtung änderte.

Als etwa gegen 17 Uhr die Kundgebung beendet war, kamen immer noch Demonstranten aus Richtung Wilster. Unser Rückmarsch verlief reibungslos.

(leicht gekürzt)

Karl-W. , Prisdorf



Die Kundgebung am Bauplatz

"... werden wir in Richtung Bauplatz gehen. Dort wird dann eine Abschlusskundgebung stattfinden, die unsere Gemeinschaft zum AKW Brokdorf und zum Atomprogramm begründet."

So stand es im Aufruf. Die Kundgebungsbeiträge bewiesen dann, daß der Kampf gegen AKWs nicht isoliert gesehen werden darf. Er ist Bestandteil eines immer notwendiger werdenden Widerstandes gegen den Versuch, Wirtschaftskrisen auf Kosten der Bevölkerung auszutragen. Schwerpunkte waren:
- ein Solidaritätstelegramm der Elbfischer

- eine Resolution von Gewerkschaftern gegen das Märchen, Atomkraft schaffe Arbeitsplätze
- die Gefahren des Atomstaats
- die Gefahren der atomaren Aufrüstung

Das Telegramm der Elbfischer

GEHT NICHT - GIPFT DAT NICHT
OPGEBEN - SCHON LANG NICHT
IN DÜSSEM SINN GRUB AN ALLE
DIE ELBFISCHER

Aufruf gegen die atomare Aufrüstung

Mit der Anzettelung von zwei Weltkriegen haben wir Deutsche unser Negativschicksal in diesem Jahrhundert wahrhaftig überfüllt. Inzwischen sind die Herren Schmidt, Genscher und Apel kräftig dabei, den atomaren Kriegsschauplatz Bundesrepublik vorzubereiten. Dieselben Politiker, die noch 1954 auf ewig allen Atomwaffen abschworen, haben es in wenigen Jahren geschafft, die BRD zum Gebiet mit der größten Atomwaffenichte auf Erden zu machen. Bereits jetzt lagern achtsätzungsweise 10 000 atomare Sprengkörper in unserem Land. Mit dem sogenannten "Nachrüstungsbeschluss" der NATO vom 12. Dez. 1979, zu dessen geistigen Vätern vor allen Helmut Schmidt gehört, wird die BRD bis 1983 zur drittstärksten Atommacht der Welt aufgerüstet. Die Behauptung von der "Raketengücke" und dem angeblich militärischen Ungleichgewicht ist längst von führenden NATO-Militärs als purer Unfug und Lüge zurück-

gewiesen worden. Wenn man trotzdem Westeuropa - und vornehmlich die BRD - mit weiteren 464 Marschflugkörpern und 572 Pershing-II-Raketen bestücken will, die in der Lage sind, binnen 4 - 7 Minuten treffsicher die sowjetischen Raketenbasen in Ural zu zerstören, so kann dieses mörderische Arsenal mit Sicherheit nicht mehr dazu dienen, einen Krieg zu verhindern, sondern eher der Absicht, mit der Vernichtung der Menschheit vorsichtshalber selbst zu beginnen! Umgekehrt ist damit in erster Linie die BRD als Ziel atomarer Gegenschläge festgeschrieben.

Der SALT-II-Vertrag, der diesen Rüstungswahnsinn zumindest abbauen helfen sollte, ist inzwischen von Mr. Reagan zu Makulatur erklärt worden. Er strebt ganz unverhüllt die Weltherreichheit der USA an und betreibt eine atomare Aufrüstung von noch nie dagewesenen Ausmaß. Das Risiko des nuklearen Erstschlages ist dabei aller-



Sicherheit

dings der BRD zugedacht. Denn: Wenige Stunden nach Beginn eines Atomkrieges wird es keine Deutschen mehr geben - auch keine Kriegsverbrecher mehr; die ein Tribunal zur Verantwortung ziehen könnte, während die USA nach diesem Erstschlag immer noch in der Lage sind, den Atomkrieg zu stoppen.

Wenn der amerikanische Außenminister Haig ungefragt der Welt verkünden darf: "Es gibt wichtigere Dinge als die Erhaltung des Friedens", dann ist dies eine so zynische Ungeheuerlichkeit, die kaum noch von faschistischen Diktatoren überboten werden kann. Und wenn der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberg unausgesprochen durch die Presse erfahren läßt, daß die USA nun auch die perverse Neutronenbombe zu bauen gedenkt, die dann

PRIVATEIGENTUM BETRETEN VERBOTEN

Der Eigentümer
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG

Hier entsteht unser Kraftwerk Brokdorf

Auf dem Gelände befinden sich wertvolle
Anlagen und Baumaschinen.

Bitte haben Sie deshalb Verständnis
für unsere Schutz- und
Bewachungsmaßnahmen.

Wien-Dorn
Kernkraftwerk Brokdorf mbH

Die gewaltfreie Blockade des Baugeländes am 26. und 27.2.

Vier Tage lang, von Mittwoch bis zum Abend des Demonstrationstages, hielt sich eine Gruppe Atomkraftgegner in der Wilster Marsch auf. Es waren ca. 100 Leute aus dem gesamten Bundesgebiet, die dem Aufruf mehrerer gewaltfreier Gruppen gefolgt waren. Sie hatten sich vorgenommen durch Sitzblockaden den Weiterbau zu behindern. Es begann erfolgreich. Am Mittwoch konnte die Baustelle für zwei Stunden blockiert werden. An den anderen Tagen machte sich allerdings der Frust breit. Man innen am Mittwoch noch der Überraschungsmoment zugute, so gelang es am folgenden Tag nicht einmal, zum Haupttor vorzudringen. An beiden Tagen setzte die Polizei gegen die wehrlos am Boden sitzenden Leute Wasserwerfer und Knüppel ein. Eine große Zahl von Leuten wurde verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt (An beiden Tagen insgesamt 160). Am Freitag blieb es dann bei einem "Spaziergang" um den Bauplatz. Mehrere an der Aktion Beteiligte haben uns einen 6-seitigen Artikel geschickt. Wir übernehmen davon, etwa um 1/3 gekürzt, den Teil der Erfahrungsberichte mit der Polizei, der eigenen Gruppe sowie der Einschätzung der gesamten Aktion.



Regina: Erst mal hat mich dieser Wehnsinns hierarchische Polizeilapparat, diese Machtstruktur der Staatsgewalt erschreckt. (...) Da war so ein kleiner Zinsanteil, der eigentlich nur sagte, "ja, nehmt auch fest, benutzt auch den Schlagstock", und die Leute saßen nur mit erhabenen Händen da. Daneben reine Pflichterfüllung und Machtlosigkeit dieser Jungbullen, die selber überhaupt keinen Gedanken daran verschwenden, selber zu entscheiden.

(...) Angesichts dieser Hierarchie an Staatsmacht denke ich: Die Steine, die diese Bullen abkriegen, die treffen die Herrschenden nicht, die einzelnen Polizisten werden bedenkenlos von denen geopfert. Ich finde es wichtig, daß wir wissen, das sind Büttel. In Polizeiauto z.B. konnten die uns kein Recht geben, weil sie selber kein Recht haben. Dieser Jungbulle z.B. der sich da festgenommen hat, das war kein schlechter Mensch. Der war irgendwie auf unserer Seite, was er zwischen den Zähnen zugab in der Hoffnung, daß es kein anderer Bulle hört. Ich will da nicht Mißverständnisse werden: Ich will die Polizisten nicht entlasten, die sind auf der falschen Seite und haben es sich auch ausgesucht. (....) Was uns vielmehr durch die gewaltfreie Form bei den Blockaden gelungen ist, ist vielmehr die Wegnahme der

sozialen Sicherung und Rolle der Polizei. Wir haben uns nicht einschüchtern lassen durch staatliche Drohgebärden. Und die Polizei konnte sich auch nicht durch Schuldzuschreibung für ihren Räumungseinsatz legitimieren. Und genau das war auch der Konflikt der Polizisten.

Gerhard: Du hast einmal gesagt, daß wir bei der Polizei gewisse Sachen aufgetrieben haben. Also direkt bei den Bullen, mit denen wir zu tun hatten. Das sehe ich nicht so; die Erfahrung war, daß sie unsicher waren, und da kriegt man ziemlich leicht den Eindruck, daß man mit ihnen reden kann wie mit 'a Kumpel. Daß sie auch drauf eingehen, ist aber nur aus ihrer Unsicherheit heraus gekommen. Das heißt aber nicht, daß sie empfänglich sind für unsere Sachen. In erster Linie sind die für mich Polizisten und haben da ihre Funktion im System, und das ist das allerwichtigste. Was daneben an Sachen läuft, ist relativ unwichtig. (...) Was mir so in Nachhinein als wichtigste Erfahrung der ganzen Sache erscheint, ist, daß wir uns bei der ganzen Festnahmeaktion und nachher auf der weiche reichlich falsch verhalten haben. Das beruht natürlich darauf, daß keiner von uns damit gerechnet hat und daß es dafür kaum Vorbereitung gab.

Regina: Du meinst, daß wir nicht offensiv genug gewesen

sind?

Gerhard: Ja. Bei vielen Sachen hätten wir stärkeren Widerstand leisten können. Z.B. als wir da mit gut zwanzig Leuten und entsprechend vielen Bullen zusammen in diesem Vorraum saßen, da hätte man sich z.B. weigern können, irgendwas zu machen. Überhaupt nicht mit denen zusammenarbeiten. Klar, wenn sie dann Gewalt anwenden, dann wird schwierig. Aber ich habe auf der weiche alles laßfröhmig mit mir machen lassen, und viele andere auch und das finde ich falsch, das würde ich beim nächsten Mal anders machen.

Helga: Die Erfahrungen mit der Polizei waren für mich ziemlich zweiseitig. Nach der Festnahme und auf der weiche und gegenüber dem Kripobeamen habe ich eine ziemliche Stärke empfunden. Ich habe mich überhaupt nicht wehrlos gefühlt, wie der Gerhard es beschreibt. Als wir in der weiche zusammen standen, habe ich ständig mit Leuten geredet, die mir sagen konnten, wie ich sich zu verhalten hatte. (...) Darauf bin ich unheimlich stolz, daß mich dieser Kripobeame z.B. nicht klein gekriegt hat. Das war für mich ne sehr positive Erfahrung. Und dann, daß der Beame, der sich festgenommen hat unheimlich nett war. Dem hat das alles selber ganz doll gestunken.

Gleichzeitig war das aber eine ziemliche Angst: Wie wird das sein, wenn ich auf einer Großdemo überhaupt auf einer

Weiter nächste Seite



Demo verhaftet werde. Dann passieren nämlich so Sachen wie geschlagen werden, körperliche Gewalt von den Bullen, vor der ich unheimlich Angst habe. Mit der Vorstellung, daß dieselben Leute, die jetzt teilweise richtig lieb zu uns waren, uns am nächsten Tag verprügeln könnten, wenn sie die Order kriegen, damit bin ich überhaupt nicht klar gekommen. Das war so eine schizophrene Situation für mich.

Helga: Unsere Beschlußfassung fand ich meistens ziemlich chaotisch. Besonders wenn da so Tendenzen zur Spaltung (Gewaltfreie - Chaoten) aufkamen, da hab ich mich immer ziemlich geärgert. Z.B. als ein Typ meinte, wenn da irgend jemand mit einem Knüppel in der Hand auftauchen sollte, dann sollte man versuchen dem Typ den Knüppel aus der Hand zu nehmen. Sowas fand ich ziemlich übel. Das ist genau wie die Leute wollen - Spaltung.

Trotz des ganzen Chaos hab ich doch sehr intensiv die Lernprozesse mitgemacht, überhaupt sagen, das sind meine Freunde

die Tage sehr intensiv erlebt, mit allem, was da war.

Georg: Ich würde dasselbe sagen wie Helga: Diese vier Tage, das war eine wahnsinnig intensive Zeit. Ich fand das war geradezu ein Treibhaus für Lernprozesse, wie sie bei nahezu jeder politischen Aktion notwendig sind. In erster Linie Lernprozesse in einer größeren Gruppe wirklich demokratische Beschlüsse zu fassen. Beschlüsse zu fassen auch noch in der schwierigen Situation von Zeitdruck, die eigentlich die ganzen vier Tage hindurch bestand. Das hat nicht perfekt geklappt, aber es hat immer besser geklappt. (...)
(Im folgenden wird das Entscheidungssystem mittels Kleingruppen und Plenum beschrieben, Anm. d. Red.) (...)

Regina: Ich verstehe unsere Aktion eindeutig im Zusammenhang mit der Großdemo. Für mich war das fast stärkste Moment von den vier Tagen, als ich merkte, die kommen durch in dieses militärische Gebiet, wo wir saßen. Für mich ist das ganz wichtig zu sagen, das sind meine Freunde

und zu denen gehör ich, und was ich jetzt mache ist eine Form des Widerstandes, aber grundsätzlich gehören wir zusammen, und mit denen will ich zusammenarbeiten.

Gerhard: Ich glaube, daß unsere Blockade ziemlich stark von der Großdemo beeinflusst worden ist. Negativ beeinflusst, meine ich. (...) wobei ich nicht meine, daß die Großdemo nicht auch unsere Sache war, aber daß sie so schwer einzuschätzen war, hat unsere Aktivitäten ziemlich behindert.

Georg: Ich finde es wichtig, daß diese Aktion stattgefunden hat, und ich fand es auch gut, daß sie zeitlich so mit der Großdemo gekoppelt war. Wir haben auf diese Weise selbst - bestimmt unseren Teil dazu beigetragen, daß dort 1. am Kraftwerk Unruhe gestiftet wurde und die Besatzer behindert wurden und daß 2. die Großdemo möglicherweise ein Stück mehr Erfolg geworden ist durch unsere Aktion, weil wir z.B. in der Bevölkerung ein ganz gutes Bild abgegeben haben und so einige Vorurteile

... Blockade

gegenüber Demonstranten aufbrechen konnten.
Wenn die Aktionen nicht so vollgestopft mit persönlichen Lernprozessen gewesen wäre, dann würde mir die Entscheidung, ob die Aktion gut oder schlecht war, schwerer fallen. Rein auf politischer Ebene habe ich des öfteren ein schlechtes Gefühl gehabt zu der Aktion, zu dieser Demonstration der Ohnmacht, die es letztendlich doch meistens war, wir haben deutlich gemacht von wem die Gewalt ausgeht, das war bei unserer Aktion wirklich für jeden klar ersichtlich.(...)

Regina: Und als Fazit der vier Tage denke ich: passiert ist, daß es keine Spaltung provoziert werden konnte zwischen "Gewaltfreien" und "Chaoten", was für mich ganz wichtig ist.

Georg: Meinst du jetzt unsere Blockadeaktion?

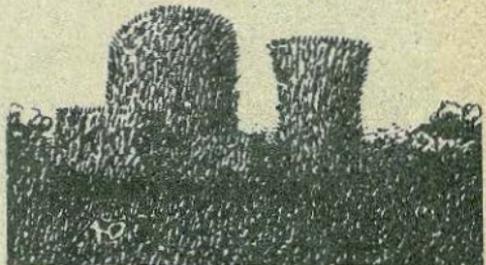
Regina: Ja, daß wir nicht isoliert werden konnten von den anderen oder uns auch nicht isoliert haben.

Helga: Ich würde jederzeit wieder solche Blockaden mitmachen, besonders solche Überraschungsblockaden wie am Mittwoch, die ich sehr wirkungsvoll und effektiv fand. Unseren Spaziergang am Freitag, das war dagegen wirklich ein Akt der Hilflosigkeit von unserer Seite. Das fand ich mehr bedrückend, wie die Staatsmacht da ihr fieses Gesicht gezeigt hat - Blockaden und Großdemos stehen da m.E. gleichberechtigt nebeneinander.

Gerhard: Ich bin der Meinung, daß eine Blockade oder so eine kleinere Aktion auf jeden Fall viel effektiver ist als eine Großdemo.(...)



ZUR SACHE



Gerhard Stolberg in seinen neuesten Ausführungen zum Landschaftsschutz Linienreihe
„Der Bauplatz soll wieder eine Wiese werden“

Kontakt:
Jan Stehn, Rellingner Str. 37,
2080 Pinneberg
0410/208186

Brokdorf ist überall — Der Alltag im Atomstaat

Notizen aus Brokdorf

Den folgenden Aufsatz entnehmen wir der April-Ausgabe von "pardon" (sehr empfehlenswert). Es handelt sich dabei um einen gekürzten Vorabdruck aus der erweiterten Auflage des Bilder- und Lesebuches "Gegen den Atomstaat" von Gunter Zint, Verlag Zweitausendeins (auch sehr empfehlenswert!):

Die Atomlobby setzt aufs Ganze, und da müssen alle an einem Strang ziehen. Auch die Kinder in der Realschule des Marchenstädtchens Wilster, nahe bei Brokdorf. Sie haben sich auf ihr Faschingsfest vorbereitet, Salate sind angerichtet, Kuchen gebacken und Kostüme geschneidert. Doch in der letzten Schulstunde hat die Vorfreude jäh ein Ende. Rektor Günther Bruhn bläst das Fest ab.

Die Klassenräume werden noch vor dem offiziellen Schulschluss geräumt, damit die ankommenden Hundertschaften der Polizei Quartier beziehen können. Die im gleichen Gebäude untergebrachte Hauptschule wird von der Ordnungsmacht ebenfalls in Beschlag genommen. Rektor Gert Sakowski, CDU-Funktionär und Freund sauberer Verhältnisse, weist seine Schüler an, die Klassenräume zu säubern — "damit die Polizei keinen schlechten Eindruck von uns bekommt."

Als die Kieler Landesregierung im Herbst 1973 Brokdorf als Standort für ein neues Atomkraftwerk bestimmte, da hagelte es noch Proteste. In Brokdorf sprachen sich 75 Prozent und in Wewelsfleth 76 Prozent gegen Kernkraft aus.

Brokdorfs CDU-Bürgermei-

ster Eggert Block hielt es jedoch für sinnvoller, sich mit der Staatsmacht und der Atomlobby zu arrangieren.

Und siehe da: Kaum hatte der Gemeinderat bei nur einer Gegenstimme ja zum Atomkraftwerk gesagt, da flossen die Gelder reichlich. Hatte Block zuvor noch vergeblich beim Landrat in Itzehoe und in Kiel um Zuschüsse für ein kleines Toilettenhäuschen am Deich gebettelt, jetzt bekam er sogar genügend Geld für ein neues Freischwimmbad. Auch die Nordwestdeutschen Kraftwerke zeigten sich erkenntlich. Sie nahmen nicht nur gemeinsam mit der Gemeinde die Kanalisation in Angriff, sondern gestalteten auch mit großem finanziellen Aufwand die leerstehende Dorfschule um. Dort

befindet sich jetzt das Informationszentrum des künftigen Kraftwerksbetreibers, ein modern ausgestatteter Kindergarten sowie ein schöner Dorfgemeinschaftsraum. Dieser ist nur für Anhänger des Atomstroms geöffnet.

Es gilt die Obrigkeitsformel: "Widerstand gleich linksextremistisches Gewalt". Landrat Dr. Brümmer gab in der Lokalpresse die Parole aus: "Wir müssen verhindern, daß der Frieden im Lande durch überwiegend landfremde Gewalttäter gebrochen wird." Was Innenminister Dr. Uwe Barschel zu diesem Thema zu sagen hat, klingt noch aggressiver: "Bei der nächsten Demonstration soll nach den Erkenntnissen aus der militanten Szene auch der Tod eines oder mehrerer Polizisten in Kauf genommen werden."

Andere Meinungen sind da nicht mehr gefragt. Als Pastor Willi Schnorr aus Kremppe in einem Leserbrief sich

Der neue Schwimmmeister in Brokdorf kommt aus Brunsbüttel

Der 41 Jahre alte Horst Landsmann tritt seinen Dienst am 15. April an



Bürgermeister Eggert Block (rechts) gratuliert dem neuen Brokdorfer Schwimmeister Horst Landsmann zu seiner Wahl

gegen die Ansicht von Landrat Brümmer wandte, wurde er von dem Präsidenten der Kirchenkreissynode Münsterdorf, Thies-Otto Kolbe, öffentlich gemäßigelt: "Wer an einer Demonstration teilnimmt, macht sich mitschuldig an den Konsequenzen der vorausgehenden Ausschreitungen. Die Verantwortung ist nicht teilbar."

Ähnliches erlebte auch eine Junglehrerin, als sie in einem Leserbrief eine von der Obrigkeit unerwünschte Meinung vertrat. Sie wurde zum Schulrat zitiert und dort zur Ordnung gerufen.

Das gibt Auftrieb auch für Rechtsradikale. Zu ihnen zählt der 65jährige Rentner Hermann P., der am Tag des Neubeginns im Wirtshaus lautstark und unviersprochener verkündet: "Die Sache ist entschieden, mit den Demonstrationen muß Schluss sein. Jetzt sollte die Polizei ruhig mal das Maschinengewehr reinhalten."

Ministerpräsident Stoltenberg packte die Wut, als er in der "Welt" einen Bericht über eine Ausstellung von Schülerarbeiten zum Thema Brokdorf las. "Ein Lehrer aus der Wilstermarsch manipuliert Schülermeinungen", hieß es da. "Schüler stellten nur friedliche Demonstrationen und verurteilten gewalttätige Polizisten dar."

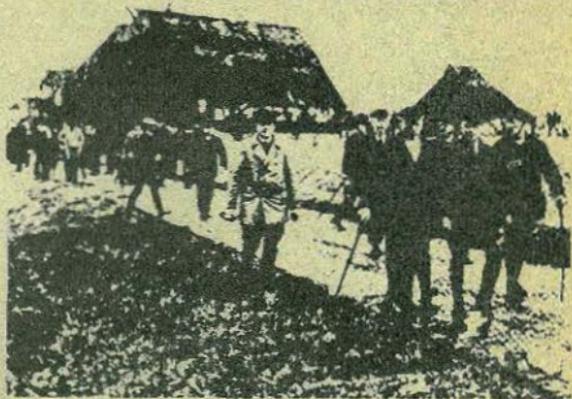
Der erboste Provinzregent ließ das Kieler Landesschulamt aktiv werden. Eine umfangreiche Forderung kam in Gang, und es dauerte lange, bis der Kunstzeiger der Realschule in Glückstadt ermittelt war. Dieser konnte schnell beweisen, daß die Vorwürfe nicht stimmten. Ministerpräsident Stoltenberg erchenkte aber seinen Mitarbeitern in Landesschulamt keinen Glauben mehr, als sie Bericht erstatteten. Er vertraute mehr auf das gedruckte Wort in der "Welt" und ließ sich persönlich die Schülerwerke zeigen.

Ob der CDU-Regierungschef aus diesem Reinfall gelernt hat, ist zu bezweifeln.

Eine der Schülerzeichnungen ist auch in dieser Dokumentation abgedruckt, ihr habt sie schon gesehen: auf der Titelseite.

Noch was ganz besonders nettes zum Thema Stoltenberg: Bevor dieser Direktor bei Krupp und später Ministerprä-

»Gegen die Willkür der Plutokratie: Demonstranten in der Wilster Marsch



Bauern im Auftrieb

sident wurde, betätigte er sich nämlich als Historiker. In der neuen Ausgabe der "konkret" (4/81) sind ein paar wirklich lesenswerte Auszüge aus seiner Schrift "Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918 - 1933" abgedruckt. Über die politische Lage insbesondere der Wilster-Marsch um Brokdorf in der Zeit der Weimarer Republik schrieb Stoltenberg 1962:

"Es war wie ein zündender Funke in einer Stunde, in der die Menschen, die wachsenden Sorgen und den jahrelangen verwirrenden Wechselspielen politischer Versprechungen, Denunziationen und Enttäuschungen müde, eine elementare Einladung für den fast unerträglich gewordenen materiellen und seelischen Druck suchten. Sie kamen fast alle aus den Dörfern der Provinz, viele Kilometer weit zu Fuß ... strömten auf den Straßen in der Nähe der Kreisstädte in immer größeren Scharen

zusammen und vereinigten sich auf den Marktplätzen zu Tausenden, stellenweise Zehntausenden ... Hier war ganz offenbar ohne zentrale Steuerung, elementar und ein-drucksvoll aus den stillen Weiten der Dörfer das Landvolk aufgebrochen und hatte — gerade in der Ungelenkigkeit namenloser Sprecher beredt — seine bittere materielle und seelische Not bezeugt."

"Beredeten Ausdruck" habe die Stimmung unter den Bauern in einer Leser-schrift gefunden, die feststellte, daß Tausende Landleute auf die Straßen zogen, um gegen die Willkür der Plutokratie, der Geldierschaft, zu protestieren, die uns über das heutige System regierte."

Es fällt auf, mit wieviel kaum versteckter Sympathie er den Bauernführer Claus Heim schildert, der nach der stummarischen Itzehoer Versammlung von 1928 für eine — wie Stoltenberg schreibt — "Kette sorgfältiger vorbereiteter Sprengstoffanschläge größeren Ausmaßes in ganz Norddeutschland eintrat), die alarmierend wirken und einen neuen Kurs erzwingen sollten."



Solidarität mit Frank und Axel !

Seit nunmehr zwei Monaten sind die beiden AKW-Gegner Frank Breyhahn und Axel Schrotmann (beide aus dem Raum Itzehoe) im Knast. Sie sollen Brandanschläge auf das Amtsgericht Glückstadt und auf die Stadtwerke Glückstadt verübt haben. Die beiden wurden nach längerer Beschattung durch den Staatsschutz festgenommen (wie überhaupt die ganze Glückstädter Szene nach den Anschlägen durchschnüffelt wurde); dennoch liegt bisher nicht mehr als ein vager Verdacht gegen die beiden AKW-Gegner vor.

Frank (18) und Axel (17) sind ununterbrochen Schikane ausgesetzt. In den ersten beiden Hafttagen sollen sie nichts zu essen bekommen haben, die Eltern durften sie erst nach fünf Tagen besuchen, u.s.w.

Frank schreibt in einem Brief aus dem Knast: "Ich habe jetzt (kurz nach seiner Festnahme) drei Briefe von Atomkraftgegnern/innen bekommen, darüber habe ich mich wahnsinnig gefreut..." Wir sollten uns wirklich auch mal aufreißern und den beiden wenigstens Briefe schreiben, Zeitungen zuschicken oder auch öffentliche Solidaritätsaktionen in den Bis überlegen.

Freiheit für Frank und Axel !!!

PS. Briefe müßt ihr schicken an das Amtsgericht Glückstadt mit der Bitte um Weitergabe an Frank Breyhahn und Axel Schrotmann, z.Z. in der JVA Neumünster.



Nach der Demo: Wohnung gekündigt

Vor der Brokdorf-Demo haben auch bei uns AKW-Gegner aus Süddeutschland übernachtet, genau gesagt: die Besetzung eines bunt bemalten VW-Busses. Wir fanden's prima, unser Vermieter, der nebenan sein

Geschäft hat, offenbar nicht. Am 5. März erhielten wir folgendes Einschreiben von seinem Rechtsanwalt:

"...Ich fordere Sie auf, die von meinem Mandanten gemietete (richtig hatte es heißen müssen: v e r - mietete) Wohnung bis zum 15. März 1981 zu räumen. (...) Sie verweigern meinem Mandanten in vertragswidriger Weise jeden Zutritt zu den Mieträumen. Darüberhinaus ist das Grundstück meines Mandanten kein Tummelplatz für 'Brokdorfdemonstranten'. Am 27. Februar haben sich auf dem Grundstück meines Mandanten aufgrund Ihrer Veranlassung ca. 7 'Brokdorfdemonstranten' aufgehalten und übernachtet. Ihre sogenannten Genossen haben auf dem Grundstück meines Mandanten ihre 'Kampfausrüstung' präpariert. (...) Hochachtungsvoll - Rechtsanwalt ..."

Das wollen wir an dieser Stelle erstmal kommentarlos so stehen lassen. (Wer mag, kann sich den nächsten ANFRAG kaufen, wo wir die Schnuffeleien unseres geschätzten Vermieters etwas ausführlicher würdigen wollen.)

Nur etwas noch: Als ich (Hans-J.) am Morgen des 27. 2. meine Wohnung verließ, sah ich, wie zwei Polizeibeamte den Wagen unserer Gäste peinlichst begutachteten. Später habe ich erfahren, daß sogar noch mehr Polizisten hinzukamen und in meine Wohnung wollten - war aber ausgeschlossen. Als ich dann gegen 9.30 Uhr früh durch die Innenstadt nach Hause zurückgegangen bin, sah ich ebenfalls zwei Polizisten durch die Stadt schlendern, dabei sogar Papierkörbe (!) nach Verdächtigen durchsuchten, jeden Plakatzettel an den Häuserwänden überprüften und vorher - wie mir berichtet wurde - auch schon ein Stellenschild der BUU zerstörten.

Ein paar Schritte weiter war ich dann auch schon zu Hause und mir fiel der merkwürdig schräg stehende VW-Bus unserer Gäste auf: Irgendjemand (wir tippen natürlich noch immer v e r - l i g e n Dunkel) hatte in den vergangenen zwei Stunden vorn links die Luft aus den Reifen gelassen.

Wie gesagt, wir sind völlig ratlos: wer kann das bloß gewesen sein??

Hans-Joachim, Thoms

Wedel: „...als wolle der Beamte Ungeziefer vernichten“

Am Donnerstag, dem 26.2.81, wurde das unter dem Wedeler Johann-Rist-Gymnasium gelegene Notfallkrankenhaus kurzfristig in eine Polizeikaserne umgewandelt. 900 Freunde und Helfer sollten möglichst ausgenutzt zu ihrem zwei Tage später stattfindenden Brokdorfeinsatz erscheinen.

Doch damit die Polizei nicht völlig ungestört das öffentliche Leben und den Schulbetrieb stören konnte (die Schule mußte einen Tag ausfallen!), versuchten am Freitag um 15³⁰ Uhr 30 Wedeler AKW-Gegner eine Blockade in Form eines Sitzstreiks auf der Zufahrtstrasse zum Gymnasium durchzuführen.

Diese Aktion wurde von der Ortsgruppe der Grünen und von einigen Mitarbeitern der evang. Kirchengemeinde Schullau vorbereitet und sollte ein zusätzlicher, gewaltfreier Protest gegen das AKW-Brokdorf, den massiven Polizeieinsatz, sowie das Demonstrationsverbot am 28.2. sein. Doch die bereits nach Brokdorf in ausgedehnt befindliche Polizei demonstrierte brutal und rückwärtelos ihre Staatsgewalt.

Wir saßen knapp 30 Sekunden auf der Straße, als ein Drei-Sterne-Ober-Bulle nach einmaligen Hinweis, wir würden gegen die Straßen-Verkehrsordnung (StVO) verstoßen und müßten die Straße sofort verlassen, einen von uns an den Haaren packte, ihn aus der Sitzreihe riß und ihn dann mit Unterstützung von drei weiteren Beamten auf den Bürgersteig zerrte. Der gleiche Bulle zog dann seine Chemical Mace und spritzte völlig willkürlich und aus dichtester Entfernung in die Sitzenden! Dazu ein Leserbrief Kommentar eines Wedeler Pastors, der die ganze Aktion mit einer Videokamera filmte: "Es sah aus, als wolle der Beamte Ungeziefer vernichten!"

Mit diesem brutalen Polizeieinsatz hatte niemand von uns gerechnet und da wir noch keine Erfahrung mit ähnlichen Aktionen hatten, war der Sitzstreik nach zwei Minuten beendet. Sechs Leute müßten zum Augenarzt, alle hatten eine Binde- und Hornhautschwellung, einer durfte 5 Ta-

ge seine Kontaktlinse nicht tragen.

Die Behandlung beim Augenarzt war dann noch ein Skandal für sich. Dr.v.H. weigerte sich, die sechs Verletzten als Notfälle zu behandeln, sie sollten warten bis sie dran sind; schließlich hätten sie sich durch die Demonstration ja selbst in Gefahr gebracht und er würde nicht einsehen, daß er ihnen auch noch Unterstützung zukommen lassen sollte. Nach der Devise: Schuld haben immer die Opfer. Es scheint völlig normal und angemessen zu sein, nach einem Verstoß gegen die StVO erstmal mit Chemical Mace beschossen zu werden!

Als erste Antwort auf den Einsatz der chemischen Keule hatten wir zunächst vor, den Beamten, der seinen jungen Kollegen erstmal gezeigt hat, wie mit dem Anti-AKW-Gesindel umzugehen ist, wegen Körperverletzung anzuzeigen. Doch haben uns mehrere fortschrittliche Anwälte davon abgeraten, da die herrschende Rechtspraxis gezeigt habe, daß dem Typen ohnehin nichts passiert und die dann namentlich bekannten Demonstranten

ihrerseits eine Anzeige wegen Nötigung etc. zu erwarten hätten. Rechtsstaat, Rechtsstaat - Ha, ha, ha! Deshalb haben wir uns auf Öffentlichkeitsarbeit beschränkt. Das Wedel-Schulauer-Tageblatt berichtete in zwei Artikeln relativ korrekt darüber, was geschehen war. Und bei einer Veranstaltung, wo wir den Videofilm zeigten, haben 140 Wedeler, darunter auch der Polizeichef Udo Gaiser (welche Ehre, sich von der Brutalität der Polizei überzeugen zu lassen). Wir diskutierten dort noch, wie wir weiterarbeiten wollen, und es wurde deutlich, daß kleinere Aktionen, auf einer veränderten inhaltlichen Grundlage, verknüpft mit einer guten Öffentlichkeitsarbeit, in Zukunft in Wedel häufiger in der Tagesordnung sein werden. Die Arbeit der Grünen-Ortsgruppe zeigt da bereits gute Ansätze und es ist zu erwarten, daß, wenn es sein muß, das nächste Mal noch ein paar Leute mehr gegen die StVO verstoßen werden.

Joachim



Die Atomkraftwerkgegner werden von den Beamten auf den Gehweg getragen.

Foto: pr

betonen würde.
Wir sollten möglichst bald dafür sorgen, daß die Alpträume der Herrschenden Wirklichkeit werden und gegen die atomaren Angriffswaffen der NATO noch größere und vielfältigere Aktionen stattfinden, als heute schon gegen AKU's. Der "Storn" hat unlängst durch die Veröffentlichung einer Legerkarte von Atomwaffen denkenswerterweise eine Aktionsperspektive angedeutet.

Durchaus interessante und vorwärtsweisende Überlegungen fanden sich am 2. März in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung"; dem Zentralorgan des Finanzkapitals. Die Zeitung beklagt den durch die Brokdorf-Aktion notwendig gewordenen Polizeieinsatz und schreibt: "Wer aber will garantieren, daß es nicht einst einmal zwei Brokdorf in einem Tag geben wird? Überall ist heute die mit Neigung zu Gewalt aufgelö-

dene Massendemonstration denkbar, alles kann ihr Objekt sein; nicht nur das Kernkraftwerk, sondern auch die vorgesehene Startbahn auf einem Flughafen, ein leerstehendes Haus, vielleicht bald auch eine Straße, eine Fabrik, und warum nicht auch ein Rathaus, ein Ministerium, die Büros einer Parteiführung?"
Ja, warum eigentlich nicht?

Uwe

Das ausgekochte Schlitzohr ist wieder auf Achse



Ein mittlerweile schon etwas in Vergessenheit geratener rechtslastiger Bayer namens Strauß betrat Anfang März wieder einmal politisches Parkett - um zu zeigen, daß er der Alte geblieben ist. Nachdem er in gewohnter Weise seinen alten Freund Helmut Schmidt als Krisen- und Unsicherheitkanzler bezeichnet hatte, meinte er unter großem Beifall seiner Jünger in Passau über die Teilnehmer der Brokdorf-Demonstration am 28.2.: "DIE GROSSEN LUMPEN MUSS MAN SCHWERER AUF'S HIRN HAUFEN" (nach: "Pinneberger Tageblatt", 5.3.1981).
Auch wenn böse Zungen behaupten, Strauß wolle sich auf diese Weise beschaffen, was ihm bislang fehlt, kann man diese Äußerung wohl doch nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die gemeinsamen Polizeieinsätze mehrerer Bundesländer, die wir in den nächsten Jahren mit Sicherheit noch öfter erleben werden, geben auch Strauß Gelegenheit, sich mit seinen speziellen Vorstellungen von "innerer Sicherheit" einzubringen.

Uwe

So sehen es die anderen

Die Einheitspresse nach der Demo

Während die westdeutsche Einheits-pressen, freie Presse v o r der Brokdorf-Demo die Demonstranten in peinlicher Übereinstimmung als "Chaoten", "Krawallmacher", "Rechtsbrecher" usw. beschimpfte, schlug als n a c h der Demo andere Töne an. Sooo viele "Rechtsbrecher" hatte man in den Redaktionsstuben der etablierten Presse wirklich nicht erwartet.

Das "Hamburger Abendblatt" entdeckte "viele sensible und intelligente Menschen" unter den Demonstranten, selbst die "Bild"-Zeitung, die am 22.2. behauptet hatte, AKW-Gegner wollten Bauernhöfe anzünden, rief ihren Lesern, die Demonstranten "ernst zu nehmen".

Die "Morgenpost", die am Tag vor der Demo noch einen Polizeipsychologen hatte erklären lassen, die "Schlacht" sei nun "unvermeidlich", schrieb: "Die Schlacht um Brokdorf haben friedliche Demonstranten und besonnene Polizisten gewonnen". (Von gemeinsamen Siegesfeiern ist uns freilich nichts bekannt, wohl aber von verletzten

-friedlichen- Demonstranten).

"Bei dieser Demonstration", schrieb Springers "Welt", "war es endlich einmal möglich, die Bürgerkriegstruppe von der großen Masse friedlicher Demonstranten zu isolieren".

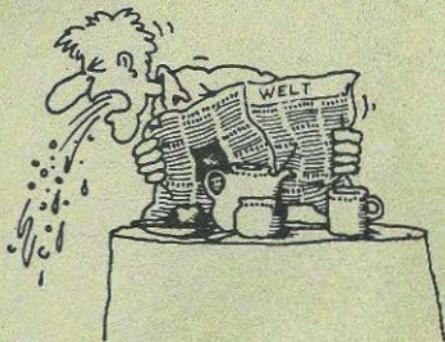
Das Entscheidende bei dieser Demonstration war, daß es gelang, a l l e Teile der Anti-AKW-Bewegung, von "gewaltfreien" bis "militanten", zu einem Bündnis zwecks gemeinsamer Demo am Bauplatz zusammenzuschließen. Der Versuch etablierter Politiker und der bürgerlichen Presse, die Demonstranten zu spalten, (wie 1977 in einem Brokdorfer und einen Itzehoeer Teil) ist gescheitert.

Richtig ist an der "Welt"-Behauptung, daß die Polizei nach dem Scheitern dieser Versuche auf der Demonstration selbst

durch ihr "Angebot", an den Straßensperren "Grenzüber-gangsstellen" einzurichten, versuchte, die Demonstranten doch noch in "Gewalttäter" (die die Sperren umgehen) und "Friedfertige" (die sich kontrollieren lassen) zu spalten.

Doch diese Polizeitaktik ist der "Welt" noch länger nicht genug. Sie forderte am 2.3. die Staatsorgane auf, "die mobile Brigade von Polit-schlägern -insgesamt wohl nicht mehr als zehntausend Mann- zu demobilisieren".

Es sei "das Dringlichste", diesem Teil der Demonstranten "das Handwerk zu legen". W i e zehntausend AKW-Gegner das Handwerk gelegt werden soll, verriet die "Welt" leider nicht.



Daß zum Einsperren von zehntausenden von AKW-Gegnern chilenische bzw. türkische Verhältnisse nötig wären, dürfte auch den Springer-Redakteuren klar sein. Derartige faschistoide Polizeistaatsphantasien sind kein Ausrutscher eines durchgeknallten "Welt"-Redakteurs. Auch der schleswig-holsteinische Innenminister Barschel fordert seit einiger Zeit ein verstärktes polizeiliches Eingreifen im "Vorfeld" von Demonstrationen!

Noch ein weiteres großes Problem bedrückt insbesondere die "Abendblatt"- und "Welt"-Redaktion.

Das "Abendblatt" klagt: "Die Anti-Atomkraftwerksbewegung läßt sich rasch in eine Bewegung gegen nukleare Verteidigungswaffen der NATO kanalisieren". Und die "Welt" befürchtet "noch brisantere Demonstrationen gegen Nachrüstung und Atomwaffen". Die Anti-AKW-Bewegung würde nicht kanalisiert, d.h. eingeeignet werden, sondern an Breite und vor allem an politischer Schlagkraft gewinnen, wenn sie stärker den Zusammenhang zwischen "friedlicher" und militärischer Nutzung der Atomenergie

Zensur beim „Pinneberger Tageblatt“

AUS DER HEIMAT

Die Lokalpresse berichtet über Lokales. Die Pinneberger Presse berichtet über Pinneberger Ereignisse. Hier liegt ihre Stärke gegenüber den überregionalen Tageszeitungen.

Denkst!

Als Teilnehmer der Großdemonstration am 28.2.81 fanden wir Pinneberger uns in der Berichterstattung nicht wieder. Darum verfaßten wir, die BUU Pinneberg und die BUU Elmshorn, eine Presseerklärung und übergaben sie unter anderem an das Pinneberger Tageblatt und an die Pinneberger Zeitung.

Ordnungsbehörden und Politiker hatten ja ihre Meinung ausführlichst vertreten können. Wir fanden, jetzt sei es an der Zeit, die Meinung der Teilnehmer an der Demonstration in Brokdorf zu verbreiten.

Bei einem Gespräch sicherte mir die zuständige Redakteurin des Tageblatts zu, einen Artikel zu schreiben. Spätestens ab Mittwoch warteten wir gespannt auf dessen Erscheinen. Vergeblich! Am Freitag, den 6.3.81, hatte ich dazu ein hochinteressantes Telefonat mit Herrn Dittloff vom Tageblatt. Auf meine Vorstellung als Mitglied der Pinneberger BUU und meine Anfrage, wann denn endlich der Artikel über die Brokdorf-Demonstration aus unserer Sicht erscheine, erhielt ich die ebenso knappe wie barsche Antwort: "Das ist doch nicht mehr aktuell!" Das leuchtete mir schon ein, aber warum war der Artikel nicht schon früher erschienen? "Das interessiert doch keinen!" Das konnte ich nun überhaupt nicht verstehen. Die Presseerklärung enthielt doch eine

Menge Spezialinformationen (längst nicht alle!) über Pinneberger, die noch nirgends in der Presse Erwähnung fanden. So z.B. der Anschlag auf unseren Konvoi; der Verursacher hatte immerhin bewußt die Gefährdung von Menschen in Kauf genommen. Das ist nicht fürs Tageblatt, das normalerweise über jede abgebrochene Autoantenne berichtet? "Na hören Sie mal, wo sind denn die Beweise. Da kann doch jeder kommen und irgendetwas erzählen."

Von meinen Einwänden konnte ich doch wenigstens einen anbringen. Kein Mensch vom Tageblatt hatte diesbezüglich mit uns Kontakt aufgenommen; es gab nicht den Versuch einer Recherche! Hier bekam ich wiederum zur Antwort, daß das ja keinen interessiere und außerdem sei je nun ein ausführlicher Bericht über unsere Aktion am Rist-Gymnasium erschienen.

Aha, alles klar: AKW-Gegner, ob aus Wedel oder aus Pinneberg, ob sie nun Protest gegen die Zwischenlagerung von 'Sicherheitskräften' in einer Schule erheben oder ihre Erlebnisse und ihre Meinung über deren 'besonnenen' Einsatz in der Wilster Marsch haben, das kann in Pinneberg so wie so keiner auseinanderhalten und interessiert auch gar nicht. Soweit das Telefonat.

Was wichtiger ist natürlich die persönliche Meinung des Herrn Gains! Er gießt sie am Sonntag darauf (7.3.81) in einen grämlichen Kommentar, der sich originellerweise nahtlos an die vorherige Kriegsberichterstattung anschließt, örtliche Besonderheiten völlig rausläßt und sich in Überigen durch eine herzerfrischende Mischung von hohlem Pathos mit sachlicher Inkompetenz auszeichnet. Lassen wir den Intimkenner der sozialen und politischen Struktur der Anti-AKW-Bewegung zu Wort kommen:

"Ist den jungen Leuten, die da in blinden Gehorsam den Aufrufen ihrer Führer folgten, denn überhaupt nicht bewußt gewesen, daß sie sich gegen Recht, Gesetz und Ordnung vergingen? ... Und sind sie auch bereit, weiterhin in verbotenen Demonstrationen zu marschieren, wenn ihre Idole andere Objekte als Kernkraftwerke als bekämpfungswert bezeichnen?" (Pinneberger Tageblatt, 7.3.)

Ich spare mir die inhaltliche Auseinandersetzung mit solchem Schwachsinn. Da man eben nicht jeder kommen und irgendetwas erzählen. Das bleibt dem Chefredakteur vorbehalten. Herzlichen Glückwunsch! (Die Pinneberger Zeitung hat unsere Erklärung natürlich auch in der Vernekenung verschwinden lassen. Ein zweites Telefonat in Sachen unabhängige Lokalpresse wollte ich mir aber nicht noch antun.)



DITLOFF

Streit und Kampf

Nicht nötig ist's, nach Schritt und Takt
gehorsam vorwärts zu marschieren.
Doch wenn der Hahn der Flinte knackt,
dann miteinander zugepackt
und nicht den Nebenmann verlieren!

Schlegt zwanzig Freiheitstheorien
euch gegenseitig um die Ohren
und singt nach hundert Melodien -
doch gilt es, in den Kampf zu ziehen,
dann sei der gleiche Eid geschworen!

Aktionsprogramm, Parteistatut,
Richtlinien und Verhaltenslehren -
schöpft nur aus allen Quellen Mut!
Ein jedes Kampfsystem ist gut,
das nicht versagt vor den Gewehren!

Darum solange kein Feind euch droht,
verschont einander nicht mit Glossen.
Doch weckt euch einst der Ruf der Not,
dann weht das einig'e Banner rot
voran den einigen Genossen!



Erich Mühsam, Juli 1920

Auf den folgenden Seiten geben wir verschiedene Einschätzungen zur Demonstration am 28.2.81 wieder von Leuten oder Organisationen hauptsächlich aus dem Kreis Pinneberg. Ferner Beiträge zur Frage: Wie geht's weiter? Wer zu diesen Artikeln oder der gesamten Dokumentation Kritiken oder Diskussionsbeiträge schreiben möchte, schicke diese bitte an die ANFANG-Redaktion. Wenn es nicht zuviel und zu lang wird, können sie im nächsten ANFANG abgedruckt werden. Anschrift: Dingstätte 33, 2080 Pinneberg.



Stimmen aus dem linken Sumpf

"100 000 mit wohlthuender Ignoranz", überschrieb die "Tageszeitung" ihre Brokdorf-Berichterstattung am 2. März. Der am selben Tag erschienene "Arbeiterkampf" kommentiert die Demo ähnlich: "Legal, illegal, scheißegal". In diese Richtung gehen eigentlich alle Kommentare der linken Presse, zumindest in den Tagen unmittelbar nach der Demo. Zwar ist es nicht gelungen den Weiterbau zu verhindern, geschweige denn den Bauplatz zur Wiese zu machen, die Tatsache aber, daß über 100 000 trotz Verbots,

drohender Kriminalisierung und Pressehetze in die Wilster Marsch gekommen waren, wird als der eigentliche Erfolg der Aktion gewertet.

"... Trotz Demonstrationsverbot, trotz massiver Kriminalisierungskampagne, trotz Einschüchterungsversuchen und einem nicht zu unterschätzenden persönlichen Risiko kamen 100 000 nach Brokdorf. Die große Mehrheit der Bewegung hat sich das Demonstrationsrecht nicht von einem Landrat aus der Provinz nehmen lassen....

am Samstag zwischen den Gräben der Wilster Marsch zählte jeder Atongegner doppelt, denn Brokdorf war kein Spaziergang für Demo-Touristen und wer hinfuhr, wußte, was angesagt war." (taz 4. 3.)

Die Politiker heulen (unter ganzlicher Mißachtung ihrer "Integrations"-Pflichten) im einheitlichen Chor.... die Furcht, Großdemonstrationen könnten angesichts des massiven Repressionsapparates nicht mehr organisiert werden ist gebrochen. Brokdorf hat den Herrschenden ins

Einschätzung der Brokdorf-Demo - aus der Sicht der Jungsozialisten (Kreis Pinneberg)

Jungsozialisten haben zur Brokdorf-Demo mitaufgerufen und sich trotz des Demonstrationsverbots für die gesamte Wilster Marsch an der Demonstration beteiligt.

Der überwiegende Teil der Kreis-Pinneberger Jusos kam mit dem Zug um 10⁰⁰ Uhr in Wilster an und führte dort mit BBU und AKL eine Auftaktkundgebung durch. Wir gingen denn die Route durch Dammfleth. Nach der Abschlusskundgebung unweit des Bauzauns begaben wir uns zusehlich durchgefroren auf den Rückweg. Von den späteren Auseinandersetzungen haben wir deshalb nichts mehr mitbekommen.

Nach Ansicht der Jusos war die Demonstration in zweierlei Hinsicht ein Erfolg: Zum einen konnte das Demonstrationsrecht am Bauplatz politisch erkämpft werden, nachdem zunächst das Verwaltungsgericht Schleswig auf Antrag des SPD-Vorsitzenden aus Itzehoe das Demonstrationsverbot gelockert, die nächste Instanz (Oberverwaltungsgericht Lüneburg) das ursprüngliche Demonstrationsverbot des Landrates Brümmer (GDB) um 1⁰⁰ Uhr nachts vor

der Groß-Demo wieder bestätigte. Zu dieser Zeit befanden sich bereits viele Demonstranten auf dem Weg nach Brokdorf. Zum anderen schienen die 100000 AKW-Gegner aus allen Teilen der Bundesrepublik wenig beeindruckt von dem Demo-Verbot und den Hetzkampagnen Stoltenbergs und der Springerpresse, die friedliche Teilnehmer an der Demo schon im Vorfeld verunsicherten und systematisch kriminalisierten.

Von diesen Kräften wurde ein scheinbar gesichertes Erkenntnis (z.B. daß Demonstrationen Häuser und Einrichtungen der Bürger in der Wilster Marsch anstecken und zerstören würden, sowie, daß die Demo in einem Blutbad enden würde) permanent Angst in der Bevölkerung geschürt.

Selbst die "linke" SPD Schleswig-Holsteins ließ sich irremachen. Der SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen sprach sich während einer gemeinsamen Pressekonferenz in seltener Einigkeit mit Stoltenberg (GDU) und Ronneburger (DFP) bereits sehr frühzeitig gegen eine Demonstration am Bauplatz aus, was natürlich die Entscheidung des Landra-

tes Brümmer erleichterte. Der Sprecher des SPD-Bundesvorstandes warnte alle SPD-Mitglieder eindringlich vor einer Teilnahme, während der Hamburger SPD-Innensenator Pawelczyk alle Teilnehmer der verbotenen Demo als Rechtsbrecher diffamierte.

Daß der politische Massenprotest gegen die Fortführung des Atomprogramms trotz dieser massiven Einschüchterungsversuche am 28.2.81 so eindrucksvoll hinsichtlich Teilnehmerzahl und überwiegend friedlichen Verhaltens der Demonstranten verlief, gab letztlich denjenigen AKW-Gegnern recht, die diese Aktion unbeirrt mitvorbereiteten, um der Öffentlichkeit und den Atomparteiern zu beweisen, daß der Widerstand gegen die Atomenergie ungebrochen und eher stärker geworden ist.

Die Vielfalt der Widerstandsformen der Anti-AKW-Bewegung hat sich aus ihrem Selbstverständnis heraus entwickelt. Dieses ist grundsätzlich gut und richtig und trägt zur Stärkung der Bewegung bei, wenn dieser Vielfalt auch gewisse, vom Selbstverständnis und der Zielrichtung der Ökologiebewegung abzuleitende Grenzen gesetzt werden, an denen sich alle beteiligten Gruppen und Einzelpersonen orientieren müssen.

Das war meines Erachtens weder im Aufbruch der BBU (außerhalb des BBU) noch in den vagen und unzureichend festgelegten Funktionen der Demoleitung gegeben. Nach meiner Ansicht hätte eine gemeinsame Bewertung von Aktionsformen demokratisch von den kollaborierenden Vorbeugungstreffen vorgenommen werden müssen; denn, was für die weiße Rose als "revolutionäre" Aktionsform gelten mag, kann die Gesamtbewegung möglicherweise als Fehler einschätzen, der sie im Kampf gegen AKWs weit zurückwirft. Es kann demnach auch nicht dem Selbstverständnis der Ökologiebewegung entsprechen, wenn Einzelpersonen (möglicherweise spontan) für sich entscheiden, welche Aktionsformen sie für sich

... Stimmen aus dem linken Sumpf

Stammbuch geschrieben, daß diese Art von Aktionen noch lange nicht ausgereizt ist. ... Die Bauarbeiten werden weitergehen. Klar ist aber auch, daß der Widerstand weitergehen wird." (AK 196 / 2.3.)

Ähnlichlautende Einschätzungen konnte man in fast allen linken Zeitungen lesen. Die einzige uns vorliegende Zeitung, die dieser Einschätzung widerspricht ist die Hamburger "große Freiheit". Für sie gibt es "keinen Grund zur Euphorie". "Die Illegalität der 100 000 war nämlich bereits vor der Demo von den Herrschenden zur erlaubten Illegalität erklärt worden. Als integrierte Illegalität hat sie ihren Charakter von Widerstand, der das System als solches angreift, verloren." Neben der "Unfähigkeit der

Militanten ihren Widerstand zu organisieren", wird auch das Thema des weiteren Widerstands angesprochen: Weg von den Großdemonstrationen am Bauplatz zu Aktionen gegen die Betreiber in den Städten. (Zitate aus der g-späschel).

Erfreulich an der gesamten Berichterstattung der linken/alternativen Presse ist die gegenseitige Toleranz der verschiedenen Aktionsformen.

Selbst die der DKP oder den Jusos nahestehende Presse sieht sich nicht genötigt sich von den "Chaoten" zu distanzieren. Für sie war die Demo am 28.2. ein bunter Friedensmarsch. Und damit wäre der, sicherlich unvollständige, Blick in den alternativen Blätterwald auch schon beendet.

Michael

Weiter nächste Seite



— aus der Sicht der Jungsozialisten

wahlen und praktizieren, wenn diese Aktionen Konsequenzen für die gesamte Bewegung haben können und ihr schweren Schaden zufügen.

Ich will damit nicht für einen massiven Ordnungsdienst eintreten, jedoch für zukünftige Aktionen Orientierungspunkte vorschlagen, die von der Bewegung insgesamt festzulegen sind und für alle Teilnehmer auch wirkliche Orientierungshilfen bedeuten. Militante Auseinandersetzungen mit der Polizei als Ersatzgegner der verantwortlichen Atommanager und -politiker können auch mit Hilfsmitteln wie Stahlkugeln, Mollis, Steinen und Knüppeln Atomanlagen nicht verhindern. Derartige Aktionen, die das Leben anderer Menschen gefährden, widersprechen dem Selbstverständnis und Zielen der Bewegung, das Leben von Menschen vor den Gefahren der Atomenergie zu schützen.

Wir müssen deshalb gemeinsam herausarbeiten, welche Aktionsformen die Atombeauftragten am empfindlichsten treffen. Hier sind wir alle gefordert, mit überzeugenden Argumenten das Bewusstsein der Bevölkerung in kernenergiekritischer Hinsicht zu verändern und politischen Druck

auf die Atomparteien auszuüben. Mehr vor Steinen und Krawallen haben Schmidt & Lambdorf Angst davor, daß der Widerstand gegen Atomanlagen innerhalb ihrer Parteien und im DGB wächst!

Wir müssen uns deshalb fragen, welche Widerstandsform eher geeignet ist, den Ausstieg aus der Kernenergie möglich zu machen. Ich bin dafür, die Gewaltfreiheit nicht dogmatisch im Widerstand gegen AKWs zu praktizieren, vielmehr müssen unsere Aktionen der konkreten Situation angepaßt und gut überlegt sein, sowie unsere Entschiedenheit im Kampf gegen AKWs überzeugend ausgedrückt werden, wie z.B. Sitzblockaden vor Atomanlagen und EVUs.

Die in der Vorbereitung zu Brokdorf aufgetretenen Widerstände müssen endlich ausdiskutiert werden, wenn möglich weniger emotional und dafür toleranter und sachlicher. Ein weltweiter Widerspruch zum Selbstverständnis der Bewegung ist meines Erachtens die Abkehr von Delegatensystemen oder beiseite-demokratischen Sprecherratskonzept, welches sich in Gorbelen bewährt hatte. Wenn in Kollmar Entscheidungen von

einer mehrheitlich gerade anwesenden Gruppe getroffen werden können, hängen sie eher von Zufälligkeiten ab, als daß sie demokratisch die unterschiedlichen Vorstellungen der Gesamtbewegung repräsentieren könnten. Bei den vielen Widersprüchen, die es allerdings in meiner Partei gibt, halte ich es für legitim, neue Konzepte - auch mit Fehlern - auszuprobieren. Nur müssen Fehler von der Bewegung auch als solche erkannt und bewertet werden. Atomparteien geben ihre Fehler selten zu!

Günther

Es tut sich wieder was in Quickborn

Eine Rekordbeteiligung an der Demo, heiße Diskussionen vor, während und danach über Kleidung, Route, Organisieren von Fahrzeugen, (An-)Sinn von Großaktionen und vor allem die Gewaltfrage - Brokdorf brachte die Leute auf Trab und das nicht nur am 28.2.

Einen reichlich laxen Rangehen an organisatorische Fragen auf den Vorbereitungstreffen folgte nach dem Samstag die Erkenntnis, daß Ausrüstung, Kennzeichnung der Gruppenmitglieder, Fahnen, Ketten bilden, Ortskenntnisse usw. für den Ablauf einer Demonstration eine große Rolle spielen. Kritisiert wurde das teilweise überhaupt nicht vorhandene Ordnung- und Informationssystem auf dem Weg zum Bauplatz, zuverlässige Informationen drangen so gut wie nie durch, dagegen wurde in der Gerichtsküche äußerst fleißig gewerkelt. Das verunsichert natürlich total!

Auch was die Gewaltfrage betrifft, waren die Positionen hinterher wesentlich klarer: Keiner distanzierte sich von den Militanten, sondern alle waren der Meinung, daß die Gewalt eindeutig von der Gegenseite ausgeht. Erfreulich auch die Tatsache, daß in der Frauen für den Frieden-Gruppe durch die Brokdorf-Diskussion zum ersten mal die Verbindung zwischen Ökologie- und Friedensbewegung aufgezeigt wurde. Inzwischen wird auch schon zaghaft angefragt, ob man nicht wieder eine Bürgerinitiative aufbauen könne.

Ch.

Bewegungs- Bauchweh!

Es hat im Verlaufe dieses Monats nach der Demonstration harte Auseinandersetzungen um ihre politische Auswertung gegeben. Sie waren nötig, ich habe mich daran beteiligt.

Es bleiben für mich zwei Ansprüche an die Anti-AKW-Bewegung, denen wir uns verpflichtet fühlen müssen, wenn unser Widerstand auf Dauer erfolgreich sein soll.

1. " - wir müssen uns auf einen längerfristigen Kampf vorbereiten, der unseren gesamten Lebens- und Arbeitsbereich mit einbezieht, der sich auch nicht nur auf den Bauzaun und das AKW Brokdorf beschränken darf."

So stehts im Aufruf zur Demo.
2. Es müssen immer mehr Menschen für Druck und Öffentlichkeit sorgen, damit uns die Dinger nicht still und scheinbar normal vor die Nase gesetzt werden können.

Dazu gehört Mut, die Bereitschaft, sich mit seiner Person einzubringen und sich mit seiner Angst auseinanderzusetzen. Das haben aber nicht allein die Leute gepachtet, die sich aktiv am Bauzaun probiert haben. Bei allem Respekt und auch, weil sie in dieser Hinsicht weiter zu sein scheinen als der Großteil der Bewegung.

Die gewaltfreie Aktion hat uns gerade vorgeschützt, wie man AKW-Betreiber zuckerbäulich ärgern und gleichzeitig für Hochachtung bis in weite Kreise der bürgerlichen Öffentlichkeit sorgen kann. Der Staat kommt in Legitimationsschwierigkeiten.

Es muß für jeden AKW-Gegner Möglichkeiten geben, sich am Widerstand zu beteiligen. Auch wenn nicht jeder bereit ist, sofort die Gefahr einer weitgehenden Kriminalisierung auf sich zu nehmen. Denn klar ist, daß dieser Staat militärisch und juristisch ein langer Hebel sitzt.

Außerdem müssen wir uns an den Gedanken gewöhnen, daß nicht alle AKW-Gegner den Zusammenhang zwischen Atom-

programme und der Organisationsform von Wirtschaft und Staat in der BRD sehen. (Mal ganz vorsichtig ausgedrückt)

Konsequenz für mich: Unter zwei Aspekten müssen Aktionsformen ausgedacht werden:

1. Wir haben Argumente gegen AKWs. Die müssen wir immer wieder und in allen erdenklichen Formen darstellen. Öffentlichkeitswirksam können wir nur unter Ausnützung aller (auch der bürgerlichen) Medien sein.

2. Wir haben eine sinnvolle Zielgruppe für Öffentlichkeitsarbeit. Nämlich all die Leuten, die jetzt noch nicht dabei sind.

- Darum hat es beispielsweise keinen Sinn, einzelne Mitglieder der SPD auf die Rolle der Genossen Schmidt und

Jansen festzunageln, um sie letztlich als heiliche Mitbetreiber von AKWs zu "entlarven". Bei aller harten Kritik muß die Diskussion mit ihnen solidarisch verlaufen, d.h. sie sollen auch ermutigt werden, die Widersprüche innerhalb der eigenen Partei offensiv auszutragen.

- Darum müssen unsere Aktionen vermittelbar bleiben, legitimer Ausdruck unseres Widerstandes sein. Ich kann erklären, weshalb es legitim ist, zu einer verbottenen Demo zu gehen, sich am Strobo zu beteiligen oder Baufahrzeuge an ihrem schädlichen Einsatz zu hindern, etc. Das war der Sinn der Diskussion um die Sparkasse in Heiligenstedten, die für den Demotag als Einrichtung der Bevölkerung zu gelten hatte.

Auch wenn sie die Zweigstelle einer Großbank ist und Banken dick mit im Geschäft sind.

Weiter nächste Seite



ALS DIE ROMANTIK EINMAL
KEINE GRENZEN KANNTE

Dasselbe gilt für das Klarwerksbauwesen in Brokdorf, mit dem die NWK versucht hat, die Bevölkerung in der Wilster Marsch zu bestechen. Wer soll denn den Schaden davon tragen, die NWK oder die Brokdorfer, die natürlich ein Klarwerk brauchen. Ich frage nach dem politischen Sinn solcher Aktion, die auch gegen die Verbrennung im Aufruf verstößt.

Gerade weil noch keiner das Widerstandsdelikt des Kolumbus gefunden hat, müssen sich alle an Verabredungen halten. (Das gilt selbstverständlich auch für "unseren Chef", den Herrn Leinen.)

Innerhalb dieser müssen aber alle Widerstandsformen respektiert werden.

Zur Bewegung gehören für mich die "Militanten" und die "Gewaltfreien" ebenso wie Optimismus, langer Atem und politische Bauchschmerzen.

Dorothea

Wir kommen wieder: legal, illegal, scheißegal!

Ich fühle mich durch die Demonstration vom 28.2. ermuntert zu neuen Taten. Hinter der teilweise betont lässigen Reaktion der Atommafia und ihrer Presse (Motto: die Chatten hatten ihr Vergnügen - und jetzt wird aber weitergebaut) steckt doch in Wirklichkeit eine gehörige Portion Angst: War das wirklich das "letzte Gefecht" oder kommen die 100.000 (oder nächstesmal 200.000?) "Rechtsbrecher" wieder, unter besseren Bedingungen des Wetters und der Organisation? Oder tauchen sie an verschiedenen Bauplätzen zugleich wieder auf?

Derlei Befürchtungen haben einen sehr realen Hintergrund in zweierlei Hinsicht:

Eerstens zeigt eine Betrachtung der wirtschaftlichen Lage der BRD in bezug auf die internationale Konkurrenz, daß sich die Herrschaften hierzulande eine weitere taktische "Denkpause" beim Ausbau der Atomenergie nicht leisten können.

Zweitens verfestigt sich insbesondere bei Jugendlichen die Bereitschaft, ihrer Widerstand nicht mehr von staatlichen Verboten oder Hinhalteversuchen abhängig zu machen. - Ein Polizist, fassungslos über Göttinger AKW-Gegner, die am 28.2. eine Straßensperre in Itzehoe attackierten: "Die sind einfach aus ihren Wagen gesprun-



legal, illegal, scheißegal!

gen und auf uns zu. Die haben garnicht vorher mit uns gesprochen" (sinngemäß im Radio).

Das derzeit praktizierte "Modell Deutschland" baut auf die Vorstellung, daß breitere Proteste der Bevölkerung eher durch "Gespräche" statt durch Massenveranstaltungen und Gummi-schüsse erstickt werden können. Doch für Gespräche braucht man selbstverständlich auch Gesprächspartner, die zudem noch über einiglen Einfluß in der Bewegung verfügen müssen.

Ganz in diesem Sinne versuchte selbst unser Landesvaterchen sein Glück: "Stoltenberg unterstrich seine Bereitschaft zu Gesprächen mit demokratischen Gruppen unter den Kernkraftgegnern. Allerdings sei die Forderung nach einem 'klaren Trennungstrich' zwischen friedlichen und militanten Demonstranten 'ein ganz entscheidender Punkt'". (Hamburger Abendblatt, zwei Tage nach der Großdemo)

Das Ziel derartiger 'Gesprächsangebote' ist, wie auch oft gesagt wird, eine Spaltung in solche, die nur punktuell "unzufrieden" mit dem Staat sind, und solche, die nicht nur Gegner der

Atomkraft, sondern "in Wirklichkeit" Gegner des kapitalistischen Systems überhaupt sind: die "Militanten", "Kriminellen".

Eine derartige Spaltung kann nicht im Interesse der Anti-AKW-Bewegung liegen!

Dies scheint jedoch noch lange nicht eine feste Selbstverständlichkeit auch innerhalb der Bewegung zu sein, wenn man erlebt, wie noch am Abend des 28.2. die Distanziererei wieder losgeht: "Die Beamten haben große Zurückhaltung bewiesen. Die Gewalttäter (gemeint sind Demonstranten - Anm.) beschädigen das Demonstrationsrecht und geben die Sache, um die es geht, nämlich den Kampf gegen die Kernenergie, letztlich preis", so der Jusovorsitzende Pieczyk. (Welt am Sonntag, 1.3.81)

Der Polizeieinsatz am 28.2. war weder besonnen noch zurückhalten, sondern in jeder Hinsicht überaus brutal und massiv (siehe Berichte in dieser Broschüre): der Atomstaat in Aktion.

Ich weiß nicht, wie mit einer derartig staatsfreundlichen Einschätzung der Demo am 28.2., wie Pieczyk sie vertritt, der Druck auf die Atombetreiber und den

Staat verstärkt werden kann.

Ich habe im ersten Teil des Artikels erwähnt, daß der Staat mit der Durchsetzung des Atomprogramms aus wirtschaftlichen Gründen in gewisser Zeitnot steckt. Von daher wird unser Kampf in Zukunft eine andere Qualität bekommen, wird zusehens als "kriminell" und "staatsfeindlich" bezeichnet und behandelt werden, ob wir wollen oder nicht.

Dennoch kommt es in den nächsten Monaten entscheidend darauf an, daß wir in der Öffentlichkeit klar machen, daß nicht die Gegner, sondern die Betreiber und Profitgeier der Atomindustrie kriminell sind (- so wie auch eine Bundesregierung kriminell ist, die in unserem Land die drittgrößte Atomstreitmacht der Erde zusammenbelt).

Eigentlich sollte man einem Staat, der sich die Frechheit anmaßt, uns zu sortieren nach Vernünftigen/Friedlichen und Unvernünftigen/Militanten, den Bauzaun von Brokdorf - "flexibel, zurückhalten, aber angemessen" - um die Ohren hauen.

Hans-Joachim/Fbg.



Beschlagnahmt: eine Drahtschere, mit der man Bauzäune problemlos knacken kann. Dieses Gerät stellten Polizisten sicher

Demofrust

Es ist erschreckend, welch ein Frust sich nach der Brokdorf-Demo in der Bewegung verbreitet. Verständlich ist aber auch, daß viele Leute genervt sind, sind sie doch Kilometer um Kilometer durch die Marsch gezogen, um dann von einem Bulleneinsatz am Bauplatz zurückgetrieben zu werden, der in keiner Weise gerechtfertigt war. Dazu eine Pressehetze nach der Demo, die einen einfach zum Kotzen bringen muß. Wird da doch geschrieben "wie besonnen sich die Bullen verhalten haben und wie sie in angemessenem Rahmen die 'Chaoten' in ihre eigenen Schranken verwiesen haben".

Wie besonnen sich die Bullen tatsächlich verhalten haben, zeigt ihr Überfall auf unseren abziehenden Demozug (ca. 3000 Leute), der von harten Knüppelinsätzen begleitet war ... und alles, um den Lautsprecherwagen des AKL (Aktionskreis Leben) herauszugreifen, der vorher den Zug in einigerem Abstand vom Bauplatz sammelte, um auf einer Wiese eine Kundgebung zu halten und den Rückzug zu organisieren.

2 Bullen, die bei uns in Elmshorn im Krankenhaus lagen, der eine, weil er über einen Stein kastolpert war (einer der Schwerverletzten!) und der andere mit Verdacht auf Schädelbasisbruch, welches sich als Irrtum erwies, wurden gefeiert wie Volkshelden. Welche Wende dies zum totalen Polizeistaat nimmt, ist wohl jeder/m klar.

Bei jenem Bullen, der angeblich einen Schädelbasisbruch erlitten haben soll, ist von der Landesregierung eine Anzeige wegen versuchten Mordes gegen 3 Leute ergangen, die anhand eines Fotos identifiziert werden sollen. Wir dürfen uns jedoch nicht vom Staat und seinen grünen Lakaien kriminalisieren und spalten lassen. Erwähnenswert ist auch noch, daß Leute, die zur Ergreifung der angeblichen "Mörder" (wer ist hier wohl ein Mörder: der Staat oder wir?) beisteuern, eine Belohnung von 5000 DM erhalten sollen und Straffreiheit, also keine Anzeige wegen Teilnahme an einer verbotenen Demo. Diese Spaltungsversuche sind aber nicht so gefährlich wie jene aus unseren eigenen Reihen (Leinen und Co.).

Uns allen ist durchaus bewußt, daß der Widerstand gegen Brokdorf nicht einschlafen darf und wir nicht auf die nächste Demo warten dürfen, sondern diese Zeit für sinnvolle Aktionen nutzen. Denn es ist doch zum Kotzen, wenn wir tatenlos zusehen und in Brokdorf rollen Tag für Tag weitere Baumaschinen an ...

Die Gedanken sind frei
Babs ("Autonome Elmshorn")



Gegen einen alternativen Nachrüstungsbeschluß

Es geht mir nicht darum jegliche Art von militanten

Aktionen aus den Repertoire unserer Widerstandsformen zu streichen, sondern auf gewisse Tendenzen innerhalb dieser Strömung hinzuweisen und in Frage zu stellen.

Während 1976 bei den Auseinandersetzungen in Brokdorf das Ziel der Bauzaun war, so schien es mir in Brokdorf 84 bei einem Teil der militanten Gruppen die den Bauplatz schützende Polizei zu sein. Welchen Zweck hatten denn sonst Stahlkugeln, Katalpulte, Eisenstangen und Molli's. Diese Waffen können Menschen schwer verletzen, ja sogar töten, zur Zerstörung des Bauzauns sind sie allerdings ungeeignet. Ich kann die Wut der Leute verstehen; Wer immer nur getreten wird, tritt eines Tages zurück. Kann dies nicht aber auch für die andere Seite gelten? Wir stehen am Beginn einer Eskalation, die mir Angst macht und bei der wir den Kürzeren ziehen werden.

Die in Brokdorf eingesetzten Polizisten haben kein unmittelbares Interesse am Bau eines AKW's, sie werden nur von denen vorgeschickt, die ein Interesse daran haben. Die, die den Bau von AKW's zu verantworten haben, waren am 28.2. nicht in Brokdorf, sie saßen in Bonn oder den Konzernetagen. Ein kaputtter Bauzaun wäre zwar ein Erfolg gewesen, der den Weiterbau allerdings nicht verhindert hätte. Ist es legitim für diesen eher symbolischen Akt die Folgen der oben erwähnten Waffen in Kauf zu nehmen? Es sollte unser Ziel sein die Staatsgewalt auf Distanz zu halten, dazu braucht man aber nicht unbedingt Waffen, die den Gegner töten könnten. Wir fragen nach Bullenübergreifen berechtigterweise oft nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel, ich erlaube mir, auch einmal die Propagandisten von Stahlschleudern danach zu fragen.

Den "Militanten" gehört immer meine Solidarität, ich verstehe diesen Beitrag auch nicht als Distanzierung von ihnen, da sie durch ihren Mut die anderen vor Bullenübergreifen schützen und durch ihre Aktionen die Herrschenden zwingen Stellung zu nehmen. Ohne die militanten Auseinandersetzungen 1976 stände Brokdorf heute kurz vor der Fertigstellung, Hausbesetzungen wären ebenfalls kein Thema. Das sollte man nicht vergessen!

Ich befürchte, daß sich meine Einstellung ändert, dann nämlich, wenn man sich auf ein "Wettrüsten" mit dem Staat einläßt. Wer den längeren Atem dazu hat, kann sich jeder selbst ausrechnen. Ich sehe den Zeitpunkt, wo eine Demonstration zu einem nicht einzuschätzenden Risiko für Leib und Leben wird, sofern man sich nicht entsprechend ausrüstet. Ich weiß nicht ob für mich da noch ein Platz ist, wo sich gut ausgerüstete Demonstranten und die Polizei Schlachten mittels Stahlkugeln und Molli's auf der einen und diversen Kampfgas und Gummigeschossen auf der anderen Seite, liefern. Unsere Stärke liegt nicht in der militärischen Ausrüstung, sondern in unserer Unberechenbarkeit und Phantasie. Aus diesem Schatz sollten wir schöpfen anstatt zu überlegen, wie wir das "militärische Gleichgewicht" wieder herstellen können.

Ich bin nicht bereit wie ein Ritter des Mittelalters, ergänzt durch eine zeitgemäße ABC-Ausrüstung, auf Demonstrationen zu gehen. Es kann der Zeitpunkt kommen, wo meine Angst größer sein wird, als die Einsicht in die Notwendigkeit einer Demonstration und ich glaube nicht, daß ich mit meiner Angst alleine dastehe. Zu Hause zu bleiben wäre die Alternative, wohl eine Konsequenz, die eher den Herrschenden zur Freude Anlaß gibt, als daß sie die Bewegung stärken könnte. Es wäre an der Zeit diese Fragen breit zu diskutieren und nicht nur unter sich.



Ein Polizist schießt mit einer Trümpfgasgranate auf Demonstranten.

Michael

Keine Spaltung der Anti-AKW-Bewegung!

Das größte Anliegen der Herrschenden und AKW-Betreiber ist seit Jahren die Anti-AKW-Bewegung zu spalten, zunächst in "friedliche" und "Gewalttäter", dann möglichst in christliche und nichtchristliche, katholische und evangelische usw., usf. Leider finden sich in der Anti-AKW-Bewegung immer noch Leute, die dieser Strategie auf den Leim gehen.

Ein Beispiel dafür ist eine Stellungnahme von Jossif Leinen, dem Chef des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) nicht zu verwechseln mit BBU in der "Tageszeitung" (taz) am 11.3.81.

Leinen, der von den bürgerlichen Medien zu einer Art 1. Vorsitzenden der Anti-AKW-Bewegung gekürt wurde, vertritt eine relativ kleine Gruppe, die keineswegs alle oder auch nur die Mehrheit der Anti-AKW-Bürgerinitiativen vereinigt, so gibt es in Schleswig-Holstein und Hamburg kaum Mitglieder das BBU.

Leinen meint, es müsse nach der Demo "über die Vereinbarkeit von Aktionsformen in einer gemeinsamen Aktion diskutiert werden".

"Gewaltfreie und offensive Gewalt einschließende Aktionsformen", so Leinen, "schließen einander aus. Die verschiedenen Gruppen tun sich auch keinen Gefallen, wenn einer imaginäre Einheit die eigene Überzeugung über Bord geworfen werden muß". In Brokdorf gab es am 28.2. keine "imaginäre" Einheit, keine nur scheinbare Einheit, sondern das breite Bündnis aller Teile der Anti-AKW-Bewegung.

Wie kann man dies in nahhinein wiedergeden wollen?

Leinen meint, die "friedlichen" Demonstranten fürchten sich "um den Erfolg ihrer Mobilisierungsbemühungen und ihrer Wirkungsmöglichkeiten" durch Aktivitäten militanter AKW-Gegner am 28.2. bedroht.

Die bisherigen Demonstrationen in Brokdorf, die auch militante Aktionsformen beinhalteten, haben jedoch keineswegs verhindert, daß 100.000 Menschen zum Bauzean marschierten. Nicht einmal die traditionell "gemäßigten" örtlichen Bürgerinitiativen gaben die von Stoltenberg & Co. geforderten Distanzierungs-erklärungen ab. Leinen kündigt in seiner

Stellungnahme "Konsequenzen" und Schlußfolgerungen aus der Demo vom 28.2. an: "Diejenigen, die zu einer friedlichen Demonstration aufgerufen haben, werden auch nicht hinnehmen, daß sie für ihren Einsatz zur Vermeidung von Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und Demonstranten noch aus den eigenen Reihen diffamiert werden".

Leinen spielt hier offenbar auf die Kritik z.B. an seinem Parteifreund und Jusochef Willi Piecyk an der der Polizei nach der Demo in der Springer-Press "große Besonnenheit" beschönigte, den militanten AKW-Gegnern aber vorwarf, sie gäben "die Sache, um die es geht, den Kampf gegen die Kernenergie, letztlich preis" ("Walt am Sonntag", 1.3.81). Ein merkwürdiger Gewaltfreier, der für die Gewalt der Herrschenden so nette Worte findet!

Leinen seinerseits hatte der Polizei nach der Demo vorgeworfen, "daß sie zwar einen friedlichen Demonstrationszug 'genauestens gefilzt und überprüft' habe, einen 'anderen Konvoi' jedoch ungeprüft durchfahren lassen. Erst dadurch hätten 'Gegenstände herangeschafft werden können, die 'nachher auch zu Auseinandersetzungen dienten' (zitiert in: "Hamburger Abendblatt", 3.3.81).

Die Schlußfolgerung aus diesen Äußerungen kann doch wohl nur sein, daß die Polizei bitteschön beim nächsten Mal noch stärker,

und zwar möglichst eilig, Demonstranten filzen, kontrollieren und schikanieren soll!

Ein bemerkenswertes Verständnis von "Gewaltfreiheit". Kein Wunder, daß die "Gewaltfreien" in den Medien ausgiebig zu Wort kommen...

Ist der Staat unser Gegner?

Leinen wirft die Frage auf, "ob alle Teile der Anti-AKW-Bewegung noch denselben Gegner anvisieren". Der Gegner sei "die Atomindustrie". Einige AKW-Gegner hätten, so Leinen "offenbar einen ganz anderen Gegner im Auge: nämlich den Staat". Leinen meint: "Der Staat" ist jedoch kein monolithisches (völlig einheitliches) Anm. d.Red) widerspruchloses Gebilde. Der Staat und seine Repräsentanten werden genauso gegen Atomkraftwerke sein, wie sie heute dafür sind, wenn die Mobilisierung der Anti-AKW-Bewegung noch größere Teile der Bevölkerung erfaßt und sich die Machtverhältnisse dadurch ändern". Und wer den Staat als Gegner sieht, so folgert Leinen messerscharf, da würde dann automatisch "beim Auftauchen von Polizeieinheiten losgeschlagen".

Wie kam es nur, daß auch die "staatsfeindlichen" AKW-Gegner zu den Großdemonstrationen in Hannover und Bonn mobilisierten, ohne daß auch nur einw. Bullen ein Haar gekrümmt wurde? Allgemeinere Konsens bei allen AKW-Gegnern ist bislang, daß die Atomindustrie und die AKW-Betreiber unsere Gegner sind.



→ Darüber hinaus gibt es in der Bewegung, die von Liberalen und Sozialdemokraten bis zu Anarchisten und Kommunisten reicht, naturgemäß sehr unterschiedliche Auffassungen. Diese Auffassungen verhindern jedoch nicht eine solidarische Zusammenarbeit.

Lediglich die Gegenseite, die Stoltenberg & Co., bemühen sich, die Bewegung in einen "Verfassungstreuen", "demokratischen" und einen "extremistischen" Teil zu spalten.

Einige Bemerkungen zu den Äußerungen Leinens zum Staat kann ich mir nicht verkneifen: Kann man ernsthaft annehmen, die AKW-Betreiber von heute,

die Stoltenberg, Schmidt und Lambsdorf würden plötzlich, "genauso gegen Atomkraftwerke sein, wie sie heute dafür sind, wenn die Bewegung noch mehr erstarbt"? Die Regierenden und die Parlamentsabgeordneten sind auf vielfältige Weise mit der Atomindustrie verbunden, z.B. durch "Beraterverträge" und Aufsichtsratsposten. **V e r a n t w o r t l i c h** sind diese Leute nicht ihren Wählern, sondern ihrem (käuflichen) Gewissen. Und nehmen wir einmal an, in der Partei des Herrn Leinen, in der SPD, würde sich eine Mehrheit gegen AKW's entscheiden. Für

diesen Fall hat Helmut Schmidt bereits vor einigen Jahren angekündigt, er werde sich nicht an derartige Beschlüsse gebunden fühlen. Zudem muß man sich vergegenwärtigen, daß große Teile der Atomindustrie (z.B. die HEU und die Preußen-Elektra) sich in staatlicher Hand befinden. Der Weg über die Gerichte, die ja auch ein Teil des Staates sind, hat sich für die Atomkraftgegner bereits als erfolglos erwiesen.

Durch Änderung der Mehrheitsverhältnisse **s i e i n** schon automatisch das Ende des Atomprogramms zu erwarten, halte ich für eine gefährliche Illusion.

Uwe

BUU-Pinneberg: Wie wir weitermachen wollen

Vor mehreren Monaten haben wir beschlossen, das Atomenergieprogramm, insbesondere die AKWs im Unterelberaum und das Problem des Atomabfalls, zum vorrangigen Arbeitsgebiet zu machen. Daß wir damit (vorläufig) auf eine ganze Reihe wichtiger Themen, von kommunalen Umweltproblemen bis hin zur Bedrohung durch Atomwaffen, verzichten haben, beruht auf unserer momentanen bescheidenen Mitarbeiterzahl.

Bei der Vorbereitung der Brokdorf-Demo hat es sich nun wieder gezeigt, wie wichtig es aber ist, daß es am Ort eine Gruppe gibt, die kontinuierlich zum Thema AKWs arbeitet und über Räumlichkeiten, Informationen und Kontakte verfügt. Es wird für die Zukunft wichtig sein, rechtzeitiger anstehende Aktionen mit allen Pinneberger AKW-Gegnern zu besprechen als das vom 28.2. der Fall war.

Dazu sind vor allem zwei Dinge nötig:

1) Unsere Öffentlichkeitsarbeit muß belebt werden. Wir müssen auch weiterhin versuchen, hier vor Ort Betroffenheit bei den Leuten auszulösen, indem wir informieren und uns zur

Diskussion stellen. Gerade für unseren direkten Widerstand ist eine breite Aufklärungsarbeit unerlässlich. Neben dem Büchertisch sollten wir wieder verstärkt Veranstaltungen durchführen, die u.a. den Vorteil hätten, daß öfter mehr Leute als auf den BI-Sitzungen zusammenkämen, um miteinander zu reden. Und das Diskutieren über unsere unterschiedlichen Vorstellungen von weiteren Widerstand ist unbedingt notwendig, um uns die Möglichkeit zu gemeinsamem Handeln nicht zu verbauen.

*"Wir müssen stark werden
ohne je unsere Zärtlichkeit
zu verlieren!" (CHE)*



2) Für diese Arbeit brauchen wir Leute, die bereit sind, bestimmte Sachen praktisch anzugehen: mal am Büchertisch stehen, Plakate entwerfen, Stellschilder malen, eine Veranstaltung vorbereiten, Leserbriefe schreiben, Ratsversammlungen und Kreistag "besuchen" u.s.w.

Unsere Arbeit ist nicht ein für allemal festgelegt. Alle, die mitmachen, sollen ihre Vorstellungen umsetzen können. Zunächst haben wir für die nächsten Wochen folgenden vor:

- bald wird der Katastrophenschutzplan für das AKW Stade veröffentlicht. Wir wollen dazu eine Kampagne starten, weil anhand der "Schutzpläne" viel über die Gefährdung, in der wir ständig leben, zu vermitteln ist. Außerdem streifen wir auch einen Grenzbereich der Rüstungsproblematik: "Schutzpläne" werden oft in Zusammenhang mit dem "Verteidigungsfall" diskutiert. - Brokdorf bleibt ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir wollen die Möglichkeit bieten, daß wir in Pinneberg über unser weiteres Verhalten diskutieren und unsere Vorstellungen dann auch wieder auf überörtlicher Ebene einbringen.

- Wir wollen Beiträge zur geplanten Umweltschutzausstellung in der Remise vorbereiten. Alle, die Lust haben, etwas zum Thema AKWs optisch darzustellen, sind hier aufgerufen.

- Wir wollen unsere Kontakte zu Initiativen in und um Pinneberg hegen und pflegen.



Preis: 1,- DM
(+ 50 Pf. Spende
für Prozesskosten)